



Die Arbeiterklasse: Das Erwachen des schlafenden Riesen

(Österreich im Epochenjahr 1917, Teil 1)

HANS HAUTMANN

Die 90. Wiederkehr des Jahres 1917 soll für uns von der Alfred Klahr Gesellschaft Anlass sein, sich seiner Bedeutung in einer vierteiligen Artikelserie zu erinnern. Sichtbarster Ausdruck der weltgeschichtlichen Veränderungen, die sich in jenem Jahr vollzogen, waren die zwei Revolutionen in Russland: die bürgerlich-demokratische des März und die sozialistische des November 1917. Beide Umwälzungen strahlten in mannigfacher Weise auf die Gesellschaften der sich im Krieg befindlichen Länder aus und beschleunigten dort den Prozess der revolutionären Gärung. So geschah es auch in Österreich. Oft wird dabei aber zu wenig berücksichtigt, dass bei uns schon vor der ersten russischen Revolution, bereits um die Jahreswende 1916/17, Entwicklungen in dieser Richtung eintraten, die Verschärfung der Klassengegensätze also durchaus innere, Österreich-spezifische Ursachen hatte. Sie darzulegen wird Inhalt der Beitragsreihe sein, die in der vorliegenden Ausgabe mit der Analyse der Mobilisierung der österreichischen Arbeiterklasse im Spiegel der Streikbewegung beginnt. Ihr werden drei weitere Abschnitte zur Reaktion der Herrschenden auf die Systemkrise, zur modifizierten Haltung der österreichischen Sozialdemokratie und zum Formierungsprozess der österreichischen Linksradikalen im Jahr 1917 folgen.

Die Lage vor der Jahreswende 1916/17

Das Verschwinden des Klassenkampfes „von unten“ in der Anfangsphase des Ersten Weltkriegs in Österreich war das Ergebnis mehrerer Faktoren. Sind die Herrschenden in der Auseinandersetzung mit den Beherrschten schon unter normalen Umständen in einer unvergleichlich günstigeren Position, da ihnen über das von ihnen geschaffene Machtinstrument des Staates eine breitere Palette an

effizienten Kampfmitteln zur Verfügung steht, so verstärkten die im Ersten Weltkrieg rasch um sich greifende Verflechtung von Monopol- und Staatsapparat, die Militarisierung der Wirtschaft und das Hineinpressen des gesamten Lebens- und Wirkungsbereichs der Arbeiterbewegung in Zwangsparagraphen dieses Ungleichgewicht noch mehr. Der Faktor „Gewalt“, der sich im radikalen Abbau der ökonomischen, sozialen und politischen Errungenschaften der Arbeiter, in der Verhängung des Belagerungszustandes über das Hinterland, in der Einführung der Presse- und Versammlungszensur, in der Bildung von Landwehrdivisionsgerichten (die nicht nur ungehorsame Soldaten, sondern auch „widerpenstige“ Arbeiter aburteilten), in der Knebelung des Koalitions- und Streikrechts und in der Sistierung bürgerlicher Grund- und Freiheitsrechte äußerte, spielte nun eine ungleich größere Rolle als in den Jahren vor dem Krieg.

Der ökonomische und politische Klassenkampf „von oben“ verband sich zudem sehr wirkungsvoll mit seiner dritten Komponente, den ideologischen Macht- und Einflussmitteln der Herrschenden. Mit dem propagandistischen Trommelfeuer von der „Notwendigkeit der Vaterlandsverteidigung“ gelang es nicht nur, dass sich die österreichische Arbeiterschaft im Juli/August 1914 aufgrund der Verwirrung, die von offizieller Seite und durch die Haltung der sozialdemokratischen Parteiführung hervorgerufen wurde, zum allergrößten Teil nicht von der These vom „gerechten Verteidigungskrieg“ distanzierte, sondern auch, dass sie – selbst nach der bereits im Herbst 1914 eingetretenen ersten Ernüchterung – mehr als zwei Jahre in Passivität verharrte.

Somit herrschte in Österreich bis zur Jahreswende 1916/17 tatsächlich „Burgfriede“, und von wirksamen Klassenkämpfen seitens der Arbeiterschaft

kann im Zeitraum Sommer 1914 bis Winter 1916/17 keine Rede sein. Die Arbeiter und Arbeiterinnen lieferten in der Arena der Klassenauseinandersetzung bestenfalls kleinere Aktionen, Scharmützel. Dennoch wurde schon in diesen Jahren der Boden für künftige Kämpfe durch objektive Umstände vorbereitet: durch die wachsende Not, den Hunger, die Teuerung, die drastischen Reallohneinbußen, die unerwartet lange Dauer des Krieges, die innerbetrieblichen Schikanen, die immer zahlreicher werdenden Todesnachrichten. Der Gegensatz zwischen der Friedenssehnsucht breitester Volksschichten und der Kriegspolitik der herrschenden Kreise vertiefte sich unaufhaltsam und wurde auch immer mehr Menschen bewusst. Unter der Oberfläche eines tristen Alltags besannen sich immer mehr sozialdemokratische Arbeiter und Arbeiterinnen der alten Ziele ihrer Bewegung, wuchs in der Arbeiterklasse die Bereitschaft, gegen Hunger, verschärfte Ausbeutung und imperialistische Kriegspolitik aufzustehen: mit dem Kampfmittel des Streiks.

Streikstatistik

Die offizielle Streikstatistik der Jahre 1913 bis 1917 für die österreichische Reichshälfte (also eingeschlossen Böhmen, Mähren, Schlesien, Galizien, Bukowina, Dalmatien, Triest, Görz und Gradisca, Istrien) sieht so aus:¹

Jahr	Streiks	Zahl der Streikenden
1913	438	39.814
1914	255	32.774
1915	39	7.951
1916	41	14.841
1917	66	163.215

Davon entfielen auf das Gebiet der späteren Republik Österreich:

Jahr	Streiks	Zahl der Streikenden
1914	95	9.489
1915	13	1.688
1916	12	6.843
1917	41	88.717

Leider ist die Streikstatistik für das Jahr 1914 nicht in die Zeit vor und nach dem Kriegsausbruch aufgegliedert. Man darf aber annehmen, dass so gut wie alle Ausstände des Jahres 1914 vor dem 28. Juli stattfanden. Für die Monate August bis Dezember 1914 ist uns aus der österreichischen Reichshälfte kein einziger Streik von nennenswerter Bedeutung bekannt. Erst im Februar 1915 gab es im Kohlenrevier von Mährisch-Ostrau und Oderfurth erste größere Streiks, als eine Verlängerung der Schichtdauer angeordnet wurde.² In den Alpenländern fanden in den Monaten Jänner bis April 1915 bloß zwei kurze Ausstände in Kleinbetrieben statt.³

Den ersten und zugleich einzigen Streik des Jahres 1915, der größere Dimensionen annahm, sah der Glanzkohlebergbau Seegraben-Donawitz der Österreichischen Alpine-Montangesellschaft am 21. und 22. April. Über tausend Bergleute forderten eine Erhöhung der Brot- und Mehration sowie des Lohnes. Nachdem 25 „Rädelsführer“ verhaftet worden waren und von der Direktion Teuerungszulagen gewährt wurden, nahm die Belegschaft am Nachmittag des 22. April die Arbeit wieder auf.⁴

Nach Ländern gegliedert lauteten die Streikzahlen für 1915:⁵

Land	Fälle	Streikende
Wien und NÖ	9	277
Oberösterreich	1	137
Salzburg	1	60
Steiermark	1	1.192
Tirol und Vbg.	1	22
Kärnten	0	0
Gesamt	13	1.688

Man sieht, dass im Jahr 1915 – mit Ausnahme Seegrabens – nur ganz wenige Streiks mit einer minimalen Anzahl von Streikenden stattfanden. Davon endeten bloß fünf Ausstände für 70 Streikende mit „vollem Erfolg“, alle anderen blieben nur teilweise erfolgreich oder ohne Erfolg.

Ein Jahr später, 1916, lauteten die Streikzahlen:⁶

Land	Fälle	Streikende
Wien und NÖ	9	5.613
Oberösterreich	0	0
Salzburg	0	0
Steiermark	2	1.227
Tirol und Vbg.	1	3
Kärnten	0	0
Gesamt	12	6.843

Obwohl weniger Streikfälle registriert wurden, war die Zahl der Streikteilnehmer bereits größer als 1915. Trotzdem war auch 1916 im Vergleich zur Häufigkeit der Ausstände in der Vorkriegszeit ein Jahr der Kirchhofsruhe in den Betrieben. Die Streiks waren durchwegs sehr kurz,

dauerten höchstens einen Tag oder bloß wenige Stunden. In der Textilindustrie der gesamten österreichischen Reichshälfte stand 1916 beispielsweise kein einziger Arbeiter und keine einzige Arbeiterin im Ausstand. Im Jahr 1915 waren es nur 173,

und der Androhung strengster Vergeltungsmaßnahmen, musste ganz einfach eine andere Dimension annehmen als Lohnbewegungen in Friedenszeiten bei wirtschaftlicher Konjunktur.

Betrachten wir die Statistik für 1917:⁸

Land	Streiks	Streikende	ergriffene Betriebe	darin Beschäftigte	versäumte Arbeitstage
Niederösterreich	35	67.021	171	69.868	214.343
(davon Wien)	(26)	(63.912)	(162)	(66.537)	(209.018)
Oberösterreich	3	14.881	4	14.899	23.990
Steiermark	3	6.815	7	7.490	15.025
Gesamt	41	88.717	182	92.257	253.358

während 1917 und 1918 ein sprunghafter Anstieg auf 8.765 bzw. 22.421 streikende TextilarbeiterInnen zu verzeichnen war.⁷

Die Streikforderungen der Jahre 1915 und 1916 (höherer Lohn, kürzere Arbeitszeit, verbesserte Lebensmittelzuteilung) gingen über den ökonomischen Rahmen nicht hinaus, die Arbeiterschaft ließ sich noch durch Drohungen der militärischen Betriebsleiter einschüchtern und wagte gegen Verhaftung oder „Einrückend-Machung“ ihrer Streikführer nicht zu protestieren.

Streikziffern 1917

Ganz anders sah es 1917 aus. Im Winter 1916/17 trat eine einschneidende Verschlechterung der materiellen Lage der Volksmassen ein. Dazu kamen Ereignisse politischen Charakters, die den Streikkampf auf ein neues, höheres Niveau hoben: das Attentat Friedrich Adlers auf den k.k. Ministerpräsidenten Stürgkh am 21. Oktober 1916 und mehr noch sein mutiges Auftreten vor dem Ausnahmegericht im Mai 1917 sowie die Fernwirkung der russischen Revolution des März 1917, die die zaristische Selbstherrschaft stürzte und die kriegsmüden Massen in der Habsburgermonarchie aufhorchen ließ. Zeigte ihnen das Beispiel der russischen Arbeiter und Bauern doch, dass es auch unter den Bedingungen der Kriegsdiktatur möglich war, den Belagerungszustand zu durchbrechen, die gekrönten Häupter davonzujagen und die Beendigung des Völkergeometzels auf die Tagesordnung zu setzen.

Die Streiks des Jahres 1917 übertrafen sowohl der Zahl wie der Intensität nach die der Jahre 1915 und 1916 bei weitem. Im Vergleich zu den letzten Vorkriegsjahren (etwa den Jahren 1910 bis 1912) war zwar auch 1917 die Zahl der Ausstände und der Streikenden noch geringer, dafür aber ihre Qualität und politische Bedeutung gewaltig angewachsen. Ein Streik im Kriege, unter den Bedingungen der Militarisierung der Betriebe

Bemerkenswert ist zunächst die fast total zu nennende Lückenlosigkeit der Ausstände. Während 1915 und 1916 immer nur einzelne Betriebsabteilungen, also eine Minderheit der Belegschaft, streikten, schlossen sich 1917 stets fast alle Arbeiter und Arbeiterinnen eines Betriebes dem ausgebrochenen Ausstand an. Die durchschnittliche Streikdauer betrug 1917 schon 5,1 Tage.⁹ Auch der Charakter der Arbeitseinstellungen änderte sich. Die Angriffstreiks, Ausstände mit dem Ziel, neue Zugeständnisse zu erringen, begannen die reinen Abwehrstreiks zu überwiegen. Der Anteil der streikenden weiblichen Arbeiter nahm enorm zu. Von je 100 weiblichen Beschäftigten eines bestreikten Betriebes nahmen im Schnitt 96,5 am Ausstand teil. Auch der Streikerfolg verbesserte sich. 1917 endeten 17,1 Prozent der Arbeitseinstellungen mit „vollem Erfolg“, 70,7 Prozent mit „teilweisem“ und nur 12,2 Prozent „ohne Erfolg“.¹⁰ Die Solidarität der Arbeiterinnen und Arbeiter untereinander wuchs und griff erstmals über den begrenzten Rahmen des eigenen Betriebes hinaus. An die Stelle des vereinzelten Gefechts traten mehr und mehr Gruppenstreiks, die mehrere Unternehmen gleichzeitig erfassten; es begann der gemeinsame Kampf auf breiter Front.

Streikbeispiele

Die Streikwelle des Jahres 1917 setzte am 2. und 5. Jänner mit Arbeitseinstellungen bei Brevillier & Urban in Neunkirchen (600 Streikende) und bei Schoeller in Ternitz (500 Streikende) ein. Im Februar, März und April häuften sich Hungerdemonstrationen von streikenden Arbeiterinnen, so in St. Pölten, Melk, Hirtenberg, Salzburg, Wien-Ottakring und in den böhmischen Industriezentren. Im März griff die Bewegung auf die Obersteiermark über: Es kam zu Ausständen bei Vogel & Noot in Wartberg (760 Streikende), bei Böhler in Kapfenberg (720 Streikende), im Hüttenwerk Neuberg der Alpine-

Montan (31. März bis 3. April), im Mürz-zuschlager Werk von Schoeller-Bleckmann und in Bruck an der Mur (600 Werkstättenarbeiter der Eisenbahn). Am 20. April streikten die Bergarbeiter in Fohnsdorf und Judenburg. Am 24. und 25. April kam es zu einem großen Ausstand bei Schoeller in Ternitz, an dem sich, von 40 Arbeiterinnen ausgelöst, 4.000 Belegschaftsmitglieder beteiligten. Zu den Streikaktionen des Jahres 1917 kann man mit einer gewissen Berechtigung auch den 1. Mai zählen. Nachdem 1915 und 1916 die Sozialdemokratische Partei als Beweis ihrer „Burgfriedenspolitik“ freiwillig auf die Maifeier verzichtet hatte, wurde der 1. Mai 1917 (ein Dienstag) von den österreichischen ArbeiterInnen wieder in Form der Arbeitsniederlegung gefeiert. Als rein politische Aktion scheint allerdings der 1. Mai 1917 in der amtlichen Streikstatistik nicht auf.

Vom 8. bis 10. Mai 1917 war Oberösterreich an der Reihe. 14.385 Beschäftigte der Waffenfabrik Steyr traten in den Ausstand und erreichten von der Werksleitung die Durchführung einer lange verzögerten Lohnregulierung.¹¹

Die Streikbewegung des Jahres 1917 erreichte Ende Mai in Wien ihren Höhepunkt. Sie ging vom Artilleriearsenal aus, wo während des Ersten Weltkriegs 15.000 Beschäftigte konzentriert waren. Auslösendes Moment war der Ohnmachtsanfall eines entkräfteten Arbeiters am Vormittag des 23. Mai 1917, der große Erregung, besonders unter den im Arsenal beschäftigten Frauen, hervorrief. Gegen Mittag befanden sich alle ArsenalarbeiterInnen im Ausstand. Sie forderten eine Erhöhung der Löhne, Teuerungszulagen, Verkürzung der Arbeitszeit, nur zweimaligen Schichtwechsel, Beschaffung von Lebensmitteln und „Abstandnahme von Maßregelungen“.¹²

Noch am selben Tag griff der Streik auf eine Reihe von Betrieben in der Nähe des Arsenal über. Am 25. Mai hatten die ArbeiterInnen von 47 Metall-

waren- und 89 Maschinenfabriken Wiens die Arbeit niedergelegt. Insgesamt befanden sich 42.000 Wiener MetallarbeiterInnen im Ausstand. Nach Verhandlungen zwischen Vertretern des Metallarbeiterverbandes und der Regierung erreichten die Streikenden Lohnaufbesserungen von fünf bis zwanzig Prozent in Form von Kriegszulagen. Damit gelang es den sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionären Domes und Siegl, die Arbeiter in die Betriebe zurückzuführen. Am 26. Mai war der Streik beendet.¹³

Ein Flugblatt der Vorläufer der KPÖ

Die Linksradikalen unter der Führung Franz Koritschoners, Anna Strömers, Max Lazarowitschs und anderer schalteten sich sofort in die Streikbewegung ein und verbreiteten im Artilleriearsenal einen Aufruf, in dem es hieß:

„Arbeiter und Arbeiterinnen! Ihr streikt, weil Ihr Hunger habt! Um Euch zu beruhigen, wird man Euch allerlei Versprechungen machen und einige Dekagramm mehr Brot geben. Lasst Euch nicht verführen! (...) Solange der Krieg dauert, kann es nicht besser werden. Eure Forderung muss daher sein: Sofortiger Beginn der Friedensverhandlungen! (...) Wir fordern einen Frieden ohne Eroberungen, der allen Völkern die Freiheit bringen soll (...) *Lernet Russisch, lernet von Petersburg!* Heraus aus den Fabriken, alle Arbeiter, und auf die Straße! Fürchtet nichts! (...) Die revolutionären Sozialisten Wiens!¹⁴“

Obwohl der Wiener Maistreik 1917 mit allen Merkmalen der Spontaneität behaftet war, unkoordiniert ablief und in ruhigen Bahnen verharnte, unterschied er sich von den Ausständen zuvor einmal durch die größere Anzahl der Streikenden und zum anderen dadurch, dass es in seinem Verlauf zur Aufstellung einer qualitativ neuen Streikforderung kam. Neben die herkömmlichen Wünsche nach höherem

Lohn und ausreichenderen Lebensmittelrationen trat erstmals auch ein eindeutig formulierter Protest am System der Militarisierung der Arbeit selbst: Die ArsenalarbeiterInnen forderten „Abstandnahme von Maßregelungen“, was gegen die Willkürakte und Repressalien der militärischen Betriebsleiter gerichtet war. Darüber hinaus wurde zum ersten Mal offener Unmut über die Abwiegeltaktik der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführung laut. Dem Polizeibericht über den Streik ist zu entnehmen, dass Domes und Siegl, als sie im Betrieb erschienen, um die ArsenalarbeiterInnen zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen, äußerst unfreundlich empfangen wurden und man ihnen „Verrat an der Sache der Arbeiterschaft“ vorwarf.¹⁵ Auf der anderen Seite zeigte sich aber, dass die streikenden Wiener MetallarbeiterInnen noch nicht bereit waren, den Versuchen der Linksradikalen zu folgen, den Ausstand auszuweiten und in politische Richtung weiterzutreiben.

Keime des Rätewesens

Das zweifellos interessanteste Resultat der Streikwelle des Frühjahrs 1917 war jedoch die Tatsache, dass in einigen Rüstungsbetrieben Vorformen der späteren Arbeiterräte entstanden. In den meisten der bestreikten Betriebe wurde nämlich beinahe zur gleichen Zeit und unabhängig voneinander, das heißt ohne zentrale Steuerung durch die Gewerkschaften oder die Partei – und auch nicht seitens der Linksradikalen – die Forderung erhoben, Vertrauensmänner der Belegschaften mit der Lebensmittelverteilung oder deren Kontrolle zu beauftragen. Soweit aus den Quellen ersichtlich, geschah dies erstmals während des Streiks im Hüttenwerk Neuberg der Alpine-Montan-Gesellschaft in Donawitz und wurde auch an anderen Orten wiederholt. So wurde im Verlauf des April-Ausstandes bei Schoeller in Ternitz mit Einwilligung der Werksdirektion ein 20-köpfiger Arbeiter-



Neuerscheinungen

Claudia Kuretsidis-Haider: „Das Volk sitzt zu Gericht“. Österreichische Justiz und NS-Verbrechen am Beispiel der Engerau-Prozesse 1945–1954. Innsbruck, Wien, Bozen: Studien-Verlag 2006 (*Österreichische Justizgeschichte, Bd. 2*), 496 S., 53.– Euro

Heimo Halbrainer/Claudia Kuretsidis-Haider (Hg.): Kriegsverbrechen, NS-Gewaltverbrechen und die europäische Strafjustiz von Nürnberg bis Den Haag. Graz: Clio 2007, 320 S., 25.– Euro

Peter Goller: Natalie Moszkowska (1886–1968). Eine marxistische Nationalökonomin (mit Anmerkungen zu ihren Kontakten zur österreichischen Arbeiterbewegung). Angerberg: Bader 2007, 20 S.



ausschuss zur Kontrolle und Mitwirkung bei der Lebensmittelversorgung eingerichtet.¹⁶ Die im Mai 1917 streikenden 1.500 ArbeiterInnen der Geschößzünderfabrik Westinghouse in Wien-Atzgersdorf forderten unter anderem die „Anerkennung der von der Arbeiterschaft selbst gewählten Vertrauensmänner“.¹⁷ In der Munitionsfabrik Wöllersdorf setzten die ArbeiterInnen im April 1917 – erstmals in einem Staatsbetrieb – die Wahl von Vertrauensmännern durch, die Einfluss auf die Lebensmittelverteilung gewannen und an der Verwaltung der Betriebskrankenkasse beteiligt wurden.¹⁸

Hier handelte es sich um den ersten Versuch, den in Russland nach der bürgerlich-demokratischen Revolution des März 1917 praktizierten Rätegedanken – so wie ihn die ArbeiterInnen mangels genauer Informationen verstanden – auf österreichische Verhältnisse zu übertragen und auf einem Teilgebiet, dem der Lebensmittelversorgung, die unfähigen staatlichen Behörden durch Organe der Arbeiterschaft zu ersetzen. Im Prinzip waren die neuen Gremien, die sich „Fabrikausschüsse“, manchmal auch „Arbeiterausschüsse“ nannten, den Menagekommissionen vergleichbar, die im Frühjahr 1917 in der deutschen Kriegsflotte entstanden.¹⁹

Die Frage nach dem Anteil der traditionellen gewerkschaftlichen Vertrauensleute bei der Bildung und späteren Leitung der „Fabrikausschüsse“ kann nicht mit letzter Sicherheit beantwortet werden. Fest steht soviel, dass durch die beispiellose sozialstrukturelle Umschichtung der industriellen Arbeiterschaft in den Kriegsjahren, durch die massenhafte Einbeziehung von Frauen, Jugendlichen und ungelerten Arbeitern in den Produktionsprozess nur noch ein kleiner Teil der in den militarisierten Betrieben tätigen Arbeiter den Gewerkschaften angehörte und die Streiks des April und Mai 1917 nach Feststellungen der politischen Polizei von jenen „Elemente(n), die jeder Führung und somit jeder Disziplin entbehren“, ausgelöst wurden.²⁰ Die Schlussfolgerung liegt demnach nahe, dass die Mitglieder der „Fabrikausschüsse“ den Gewerkschaften entweder gar nicht angehörten oder aber zumindest nicht die Beschwichtigungspolitik der Gewerkschaftskommission befolgten. Die „Fabrik“- und „Arbeiterausschüsse“ der Frühjahrsstreiks 1917 müssen also nicht nur als neue, gegenüber der Gewerkschaftsführung relativ eigenständige Organe, sondern auch als Vorläufer der im Jännerstreik 1918 gebildeten Arbeiterräte angesehen werden. Daran ändert

auch das Faktum nichts, dass die Ausschüsse nur vereinzelt vorhanden waren, sie sich ganz auf den ihnen zugewiesenen ökonomischen Aufgabenkreis beschränkten, die militärischen Betriebsleiter die Vertrauensmännergremien vorerst akzeptierten und in Übereinstimmung mit den vom Kriegsministerium herausgegebenen Richtlinien sogleich versuchten, diese neuen Organe der Arbeiterklasse für die Durchhaltepolitik zu gewinnen.²¹

Anzeichen des Beginns einer revolutionären Epoche

Im Juni und Juli 1917 kam es noch zu kleineren Ausständen in der Steiermark (Mürzzuschlag, Krieglach, Fohnsdorf, Knittelfeld), in St. Pölten, Jägerndorf in Österreichisch-Schlesien und Witkowitz in Mähren, dann begann die Bewegung abzuflauen. Der Rückgang der Streikhäufigkeit in der zweiten Jahreshälfte 1917 hatte eine recht einfache Ursache: Im Spätsommer und Herbst pflgte sich im Anschluss an die eben eingebrachte Ernte die Nahrungsmittelknappheit etwas zu mildern und damit die gereizte Stimmung der Arbeiterschaft vorübergehend zu entspannen. Fast alle großen Streiks und Massenaktionen in Österreich fanden während des Krieges und in den ersten Nachkriegsjahren im Winter bzw. in der ersten Jahreshälfte statt.

Die Streikbewegung des Frühjahrs 1917 markiert nichts weniger als den *Beginn der revolutionären Krise* in Österreich, die, mit Wellbergen (Zuspitzung zur akut revolutionären Situation im Jänner 1918 und April 1919) und mit Wellentälern (Juli bis Oktober 1918, August 1919 bis März 1920), bis zum Sommer 1920 anhielt. Seit diesem Zeitpunkt gab es in Österreich wieder regelrechte Klassenkämpfe „von unten“, der „Burgfrieden“ wurde zusehends brüchiger, und die Herrschenden zeigten erste ernsthafte Unsicherheiten hinsichtlich ihrer Strategie und Taktik gegenüber der Arbeiterklasse. Sie merkten mit Überraschung, Erstaunen und schließlich Entsetzen, dass das ursprüngliche System des Verhängens eines harten Kriegsregimes über die ArbeiterInnen im Hinterland nicht mehr funktionierte, dass nun verschiedene Beruhigungsgesten und Zugeständnisse dringend geboten waren.

Anmerkungen:

1/ Österreichisches statistisches Handbuch, 33. Jg. 1914, Wien 1916, S. 145; 34. Jg. 1915, Wien 1917, S. 130; 35. Jg. 1916/17, Wien 1918, S. 131; Statistisches Handbuch für die Republik Österreich, 1. Jg., Wien 1920, S. 60

2/ Rudolf Neck (Hrsg.), Arbeiterschaft und Staat im Ersten Weltkrieg 1914–1918, A. Quellen, I. Der Staat, Band 1 (1914–1917), Wien 1964, S. XIV

3/ Ebenda, S. 13

4/ Ebenda, S. 14ff.

5/ Österreichisches statistisches Handbuch, 34. Jg. 1915, Wien 1917, S. 130

6/ Ebenda, 35. Jg. 1916/17, Wien 1918, S. 131

7/ Ernst Hübel, Die Arbeitsverhältnisse in der Textilindustrie, in: Ferdinand Hanusch/Emanuel Adler (Hrsg.), Die Regelung der Arbeitsverhältnisse im Kriege, Wien 1927, S. 285 = Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden. Abteilung für Volkswirtschaft und Geschichte. Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges. Österreichische und ungarische Serie.

8/ Beiträge zur Arbeitsstatistik. Die kollektiven Arbeitsverträge in den Jahren 1917 und 1918. Die Arbeitseinstellungen in den Jahren 1917 und 1918. Die Arbeitsvermittlung in den Jahren 1918 und 1919, Wien 1921, S. 47 = Beiträge zur Statistik der Republik Österreich, 9. Heft

9/ Ebenda, S. 46

10/ Ebenda, S. 54

11/ Rudolf Neck (Hrsg.), Arbeiterschaft und Staat im Ersten Weltkrieg 1914–1918, A. Quellen, I. Der Staat, Band 2 (1917–1918), Wien 1968, passim

12/ Niederösterreichisches Landesarchiv (NÖLA), Präsidialakten, VIa–2241/1917, Nr. 2874/11 – Arsenalarbeiter, Streik

13/ Hans Hautmann, Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918–1924, Wien–Zürich 1987, S. 73

14/ NÖLA, Präsidialakten, VIa–2994/1917 – Aufwiegelung der Arsenalarbeiter durch anarchistische Studenten, Hervorhebungen H.H.

15/ NÖLA, Präsidialakten, VIa–2241/1917, Nr. 2874/11

16/ Hans Hautmann, Die Ternitzer Arbeiterschaft im Ersten Weltkrieg, in: Ternitz. 50 Jahre Gemeinde. 25 Jahre Stadt, Ternitz o.J. (1973), S. 317

17/ Rudolf Neck, a.a.O., Band 2, Wien 1968, S. 6f.

18/ Oskar Helmer, Aufbruch gegen das Unrecht. Zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Viertel unter dem Wienerwald, Wien 1964, S. 104

19/ Leo Stern, Die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland. Archivalische Forschungen, Band 4/I (Einführung), Berlin 1959, S. 123

20/ Zitiert bei Joachim Böhm, Die österreichische Sozialdemokratie (SDAPÖ) in der Wende vom imperialistischen Krieg zum imperialistischen Frieden. Eine Untersuchung der monarchietreuen Politik ihrer Führer (November 1916–Oktober 1917), in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe, XIV. Jg. 1965, Heft 4, S. 215

21/ Emanuel Adler, Das Arbeitsrecht im Kriege, in: Ferdinand Hanusch/Emanuel Adler (Hrsg.), Die Regelung der Arbeitsverhältnisse im Kriege, a.a.O., S. 132

Dr. Egon Schönhof

Der Anwalt an der Seite des Proletariats

Ein Name bekommt ein Gesicht

WILLI WEINERT

Irgendwie hat das Schicksal den Goldschmied und Sozialdemokraten Siegfried Mühlstein, der kurz nach der Annexion Österreichs verhaftet worden war, mit dem Rechtsanwalt und Kommunisten Egon Schönhof, der damals, 1938, ebenso verhaftet worden war, im KZ Dachau zusammengeführt. Beide gingen am gleichen Tag von Dachau auf Transport ins KZ Buchenwald, aber ihre Wege sollten sich trennen. Während Mühlstein zu jenen („Juden“) gehörten, die durch ein Visum (er hatte eines für Argentinien) 1939 die Möglichkeit erhielten, auszureisen, scheiterte selbiger Versuch bei Schönhof. Mühlstein hatte beim Verlassen des KZs nur das, was er bereits bei seiner Ankunft hatte, und das waren die Kleidungsstücke, die er trug. Aber er hatte etwas, was damals für ihn vielleicht nicht so eine Bedeutung hatte und erst lange nach seinem Tod von seiner Tochter in seinem Wert erkannt wurde. Er hatte ein Foto von Egon Schönhof bei sich, das die Lager-SS in Buchenwald angefertigt hatte. Ein Unikat, wie sich herausstellen sollte, wurden doch die Fotos des „Erkennungsdienstes“ des KZ Buchenwalds durch einen amerikanischen Bombenangriff noch vor Kriegsende am 24. August 1944 vernichtet.¹

Wieso hatte Mühlstein ein Foto von Schönhof bei sich, als er das Lager verließ? Aufklärung darüber könnten die Briefe geben, die von Schönhof erhalten geblieben sind. Doch davon weiter unten.

Onkel Egon

Wenige Wochen, nachdem das *Neue Österreich* als überparteiliche Zeitung das erste Mal erschienen ist, verfasste Dr. Gustav Herzog den Artikel „Österreichs Blutzeugen“ (14.7.1945), der die erste Seite der Zeitung dominierte. Unter anderen Namen wurde auch der des Rechtsanwaltes Egon Schönhofs erwähnt, der u.a. Rechtsanwalt der russischen Gesandtschaft in Wien war und „in Auschwitz am 19. Oktober 1942² als ‚Körperschwacher‘ ausgesucht und noch am gleichen Tag mittels Giftspritze getötet“ worden sei.

Viele Jahre später (1961) hat die KPÖ aus Anlass des 70. Geburtstags des Parteivorsitzenden Johann Koplenig Erinnerungen aus der Geschichte der KPÖ

zusammengetragen und in dem Buch „Aus der Vergangenheit der KPÖ“ publiziert. Darunter auch jene von Engelbert Broda über Egon Schönhof.

Brodas Familie war mit der von Schönhof bereits seit den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts bekannt. Die Beziehung war eng und Egon Schönhof, von Engelbert (und wahrscheinlich auch von seinem Bruder Christian, dem Justizminister der Zweiten Republik) als „Onkel Egon“ bezeichnet, wurde sein Taufpate.³

Broda erinnerte sich: „Schönhof kam aus bürgerlich-intellektueller Familie. Schon sein Vater war ein ‚Hof- und Gerichtsadvokat‘ im dritten Wiener Gemeindebezirk [Hainburger Str. 27 – W.W.]. Egon Schönhof behielt mit dem Konservatismus, den er in seinem Privatleben zeigte, die Tafel mit dieser Aufschrift während der Jahrzehnte bei, während deren er selbst den gleichen Beruf im gleichen Haus in der Hainburgerstraße [Nr. 27 – W.W.] ausübte.“

Sein Vater Friedrich stammte aus Mähren und wurde am 31. Juli 1845 im dortigen Diditz geboren (verstorben am 26. Dezember 1922 in Wien). Er promovierte 1867 an der Wiener Universität, und führte ab 1875 eine Rechtsanwaltskanzlei („Hof- und Gerichtsadvocat“, wie Egon Schönhof in seiner „Nationale“ an der Universität Wien ausgefüllt hat). Er war fünfunddreißig Jahre, als am 9. April 1880 sein Sohn Egon Oskar in Wien auf die Welt kam. Dieser absolvierte das Akademische Gymnasium (Wien 1, Beethovenplatz) und begann 1898 sein Jusstudium, das er 1903 beendete. 1900 konvertierte er von der mosaïschen zur römisch-katholischen Religion. Während seines Studiums machte er das Einjährigen-Freiwilligenjahr und wurde 1903 Leutnant der Reserve. Ein Jahr später promovierte er zum Dr. jur., war sechs Jahre in verschiedenen Kanzleien Konzipient, bevor er 1911 die Kanzlei seines Vaters in der Hainburger Straße übernahm.⁴

Zu Beginn des Ersten Weltkriegs wurde er als Reserveoffizier eingezogen, avancierte 1914 mit signum laudis zum Oberleutnant, wie aus dem Briefwechsel hervorgeht, den er nach seiner Verhaftung mit seiner Sekretärin Margarethe Heindl führte, und worin sie ihm berichtete, dass sie einen Fragebogen der

„Rechtsanwaltskammer sowie vom Zivillandesgericht“ „wahrheitsgemäß“ ausgefüllt und seine Zeit als „Frontkämpfer“ und seiner Auszeichnung erwähnt hätte. (Brief vom 10. Mai 1938)

... verrückt geworden?

Im Mai 1915 geriet er in russische Kriegsgefangenschaft, war in einigen Lagern, zuletzt im Lager Kansk-Jeniseiski (Sibirien). Er erlebte die Oktoberrevolution in Russland und kehrte, wie viele andere österreichische Soldaten, als Kommunist nach Österreich zurück, um hier in der im November 1918 gegründeten KPÖ aktiv zu werden. Auch Johann Koplenig gehörte zu jenen Soldaten, die von der Oktoberrevolution ergriffen wurden – er sollte wenig später als Parteivorsitzender die Konsolidierung der von Fraktionskämpfen gebeutelten KPÖ einleiten. Und als die österreichische Klassenjustiz Koplenig nach seiner Rede am Wiener Zentralfriedhof für die von der Exekutive erschossenen Opfer des 27. Juli 1927 verhaftete und anklagte, war es Egon Schönhof, der ihn verteidigte.

Schönhof zog als „liberaler Intellektueller“ (Broda, 38) in den Krieg und kehrte als Genosse zurück. Seine alten Freunde trauten ihren Ohren nicht, als sie davon erfuhren und „verbreiteten ... die Version, er sei durch die in Sibirien erlittenen Schicksale verrückt geworden; er würde früher oder später gewiss wieder vernünftig werden“. (Broda, 38) Schönhof nahm nach seiner Rückkehr im Jahr 1920 wieder seine Tätigkeit als Anwalt auf und wurde zum „Anwalt der KPÖ“, der nicht nur die immer wieder angeklagten Funktionäre, sondern auch einfache Arbeiter mit seinen juristischen und rhetorischen Fähigkeiten vor Gericht verteidigte.

Es war ein logischer Schritt für den Rechtsanwalt, dass er in der *Roten Hilfe* aktiv wurde, jener Hilfsorganisation, die auf Initiative der Kommunistischen Internationale durch Beschluss des IV. Weltkongresses 1923 ins Leben gerufen wurde. In vielen Ländern gab es schon proletarische Hilfsorganisationen, so auch in Österreich das Ende 1919 auf Anregung der KPÖ geschaffene *Revolutionäre Rote Kreuz*⁵, deren Aufgabe es war, den Opfern und Angehörigen der

Opfer des Weißen Terrors zu helfen. Die *Rote Hilfe* in Österreich unterstützte auf vielfältigste Weise die zahlreichen Proletarier, die aus den Ländern des Faschismus nach Österreich gekommen waren, aber natürlich auch die Opfer in Österreich selbst. Wie z.B. jene des Juli 1927 oder die der Februarkämpfe 1934. Da sich die *Rote Hilfe* in der Ersten Republik bemühte, das Asylrecht für die vor dem Terror in den verschiedenen Staaten des Balkans nach Österreich Geflüchteten durchzusetzen, d.h. ihre Abschiebung zu verhindern, waren die Fähigkeiten von versierten Rechtsanwälten gefragt. Schönhof war einer von ihnen. Dazu führte er in seinem Referat zum Thema „Kampf um das Asylrecht“ auf der Zweiten Reichskonferenz der *Roten Hilfe* aus: „Wir müssen die breitesten Kreise der Proletarier mobilisieren, wir müssen sie aufklären, dass die Durchbrechung des Asylrechts parallel zu den Angriffen der Bourgeoisie auf die Arbeiterschaft geht.“⁶

1924 verteidigte Genosse Schönhof die beiden kommunistischen Heeresangehörigen Guido Zamis und Gottlieb Fiala.⁷ Ihr Prozess wurde 1925 in der Broschüre „Soldatenschinderei in der Republik. Antimilitaristische Propaganda vor dem Klassengericht“ (Mai 1924) veröffentlicht. In der Broschüre findet sich auch eine derbe Strichzeichnung vom Profil Schönhofs, die bis zum jetzigen Auftauchen seines Fotos das einzig bekannte Portrait von ihm war.

Ein Jahr später gab das Zentralkomitee der *Roten Hilfe* eine fünfundfünfzig Seiten starke Organisationsbroschüre heraus. Im Anhang schrieb Egon Schönhof den Artikel „Wie verhält sich ein Proletarier vor Gericht“. Es war dies ein Leitfaden mit Verhaltensmaßregeln für das Verhalten nach einer Verhaftung, bei Verhören und vor Gericht.

Juli 1927

Nach der opferreichen Demonstration von Wiener Arbeitern vor dem Justizpalast, bei der 80 Demonstranten von der Polizei getötet worden sind, versuchte der Polizeiminister Johann Schober in einem *Weißbuch* den Opfern die Schuld am Vorgehen (und den auch bei der Exekutive zu verzeichnenden Opfern) und dem Ausgang der Zusammenstöße zu geben. Dem trat man seitens der *Roten Hilfe* mit der umfangreichen Broschüre unter dem Titel *Rotbuch* entgegen, an der auch Egon Schönhof mitgearbeitet hat.⁸

Am 15. Juli 1927, nachdem die Justiz die Mörder von Schattendorf freigespro-

chen hatte, entlud sich der aufgestaute Zorn der Arbeiter. Aus einigen Wiener Betrieben zogen sie in einem Demonstrationszug über die Ringstraße zum Justizpalast, dem Symbol der Klassenjustiz. Die KPÖ verteilte nach dem Massaker am Schmerlingplatz ein Flugblatt, das zu weiteren Demonstrationen aufrief und in dem die „Entwaffnung und Auflösung aller faschistischer Organisationen“ verlangt wurde. „Weg mit Vaugoin, weg mit Schober! Kommunalisierung der Polizei! Beseitigung der Faschistenzentrale auf der Universität!“ hieß es da, und weiter: „Die faschistisch durchseuchte Polizei hat heute Arbeiterblut auf den Straßen Wiens vergossen! Die Arbeitermörder sind straffrei! Jetzt seid ihr auf der Strasse! Wenn ihr siegen wollt, muss der Streik weitergeführt und erweitert werden bis zur restlosen Erfüllung der lebenswichtigen Arbeiterforderungen!“

Bei der Verabschiedung der Opfer am Wiener Zentralfriedhof konnte auch Kopenig eine Rede halten, wurde aber sofort nach der Rede verhaftet und saß siebzig Tage in Untersuchungshaft. Kopenig wurde angeklagt und von Schönhof verteidigt. Bei dem 1928 durchgeführten Prozess nutzte Kopenig in seiner Rede die Möglichkeit, auf das Verhalten der Justiz nicht nur ihm, sondern auch anderen Arbeitern gegenüber hinzuweisen. „Auf Grund von unstichhaltigen Verdachtsmomenten verhaftet wurden, wochenlang in Untersuchungshaft waren und bei denen es sich dann herausstellte, dass die Verdachtsmomente unbegründet waren.“⁹

Als Kopenig dann in seinen Ausführungen sagte, dass die Rede eines Abgeordneten „eine offizielle Lüge“ war, wurde er vom Vorsitzenden ermahnt, künftighin das Wort Lüge nicht zu gebrauchen, sondern Unrichtigkeit oder Unwahrheit zu sagen. Hier schaltete sich Schönhof ein und sagte, zu Kopenig gewandt: „Auch ich möchte Ihnen das als Ihr Verteidiger raten. Sie wissen, ein österreichischer Funktionär lügt nicht.“ Auf das hin ertönte Lachen im Zuschauerraum.¹⁰

Die Anklage gegen Kopenig wegen „versuchter Verleitung zum Aufstand“ durch seine Rede am Zentralfriedhof, und wegen „Störung der öffentlichen Ruhe“ wegen des Flugblattes führte nicht, wie vom Staatsanwalt von den Geschworenen verlangt, zu einem Schuldspruch, sondern zu einem Freispruch. Kopenigs Rede hatte diese mehr überzeugt als die konstruierte Anklage des Staatsanwaltes. „Vor Gericht kamen Schönhof seine umfassende Gesetzeskenntnis sowie seine

Klarheit des Verstandes und der Formulierung in höchstem Maße zustatten. Nicht selten gestanden Richter und Staatsanwälte, selbst wenn sie gegen ihn voreingenommen waren, dass sie ganz im Banne der Argumentation des hoch gewachsenen schlanken Mannes mit dem scharf profilierten Antlitz standen.“¹¹

Bei den Nationalratswahlen 1927 und 1930 war Egon Schönhof Kandidat für die KPÖ.

Schönhof als Funktionär

Schönhof war aber für die KPÖ nicht nur als Rechtsanwalt tätig, sondern zählte zu jenen Intellektuellen, die im Bereich der marxistischen Schulung tätig waren.

Anfang 1932 begannen unter der Leitung von Dr. Arnold Reisberg¹² die so genannten MASCH-Kurse, die an die gleichnamigen Kurse der KPD in Deutschland angelehnt waren. In dieser *Marxistischen Arbeiterschule* sollten den Kommunisten und Kommunistinnen die politischen und ökonomischen Grundbegriffe des Marxismus-Leninismus nahe gebracht werden. Zu den Kursen gab es entsprechendes Schulungsmaterial, das von den MASCH-Kursen der KPD übernommen wurde. Dem Vorstand des Vereins gehörte auch Egon Schönhof an. Als 1933 in der *Roten Fahne* zehn Kurse (Dauer zehn Wochen á zwei Stunden) angekündigt wurden, gehörten zu den Vortragenden neben Friedl Fűrberg und dem Sozialdemokraten Dr. Sigismund Peller auch Egon Schönhof. Das Schulungsort befand sich in Wien 1, Fleischmarkt 18/Stg. 1/17. Hier hielt im Jänner 1933 auch Schönhof ein Referat über den Faschismus. Die Behörde löste den Verein – ein knappes halbes Jahr nach dem Verbot der KPÖ im Mai – im Oktober 1933 auf. Die wahrscheinlich von Schönhof formulierte und eingebrachte Beschwerde dagegen wurde am 1. März 1935 vom Verfassungsgerichtshof abgelehnt.

An ein Treffen mit Schönhof als Referent erinnerte sich auch Max Stern.¹³ Anfang der 1930er Jahre war er am Weg zu einer damals jährlich abgehaltenen LLL-Feier (in Erinnerung an die ermordeten Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und den 1924 verstorbenen W.I. Lenin) in Wien–Hernals. Friedrich Hexmann sollte eine Rede halten, aber wegen der Gefahr einer Verhaftung trat man an Stern heran, statt ihm die Rede zu halten. „Zum Glück sprach als erster Genosse Dr. Egon Schönhof für den Bund der Freunde der Sowjetunion.“¹⁴

Wie viele andere, die mit den Februar-kämpfen nicht unmittelbar etwas zu tun hatten, wurde Schönhof „vorbeugend“ verhaftet. In einer erhalten gebliebenen Haftliste ist unter der Rubrik „Besondere Umstände“ festgehalten: „Kommunist, Rechtsanwalt“.¹⁵ Man verbrachte ihn ins Anhaltelager Wöllersdorf und hielt ihn dort für zwei Jahre fest.¹⁶ Danach stand er unter Polizeikontrolle, musste sich regelmäßig bei dieser melden und vor dem Haus in der Hainburgerstraße stand ein Polizist „der – wie Schönhof scherzend bemerkte – gleichzeitig auf ihn und den ebenfalls in der Hainburger Straße wohnhaften Bundespräsidenten Miklas aufpasste“.¹⁷

In Gefangenschaft

Wenige Stunden, nachdem die Nazis in Wien einmarschiert waren, begannen die Verhaftungswellen gegen ihre politischen Gegner. Bereits am 12. März verhaftete man Egon Schönfeld. Zuerst saß er im Gefängnis an der Rossauerlände 7–9 (Elisabethpromenade), in dem die Gestapo die Verhafteten solange festhielt, wie sie sie für die Verhöre benötigte. Danach kamen sie (quasi offiziell) in die Untersuchungshaft ins Wiener Landesgericht.

Aus den ersten Jahren seiner Gefangenschaft hat sich eine Korrespondenz zwischen ihm und seiner Kanzleisekretärin Margarethe Heindl erhalten, die bis März 1939 reicht. Erhalten blieben auch seine Schreiben aus den Haftanstalten und die Durchschläge ihrer Briefe an ihn. Gekennzeichnet sind diese Schreiben vom Verantwortungsbewusstsein Schönhofs in Bezug auf die anhängigen Fälle seiner Kanzlei. Er unterweist seine Sekretärin, was sie in den jeweiligen Anlassfällen zu machen hat, welche Zahlungen sie leisten und welche sie einfordern muss. Nur wenige Aspekte haben privaten Charakter, betreffen die Tatsache seiner Verhaftung und daraus resultierende Wünsche.

Ein Monat nach seiner Verhaftung schreibt er Heindl eine Karte, dass er sich nun im LG I befindet. Sie hat ihm kurz davor beruhigend mitgeteilt, dass sie sich bemühe „die Kanzleiangelegenheiten in Ordnung zu halten“ (9.4.1938) Im Mai informiert sie ihn, dass *Intourist*¹⁸ unter „kommissarischer Leitung“ stehe. (10.5.1938)

Seine Kanzlei hatte in dieser Zeit bereits einen Substitut, der die Angelegenheiten der Kanzlei weiterführte. Es war dies Dr. Hans Herda (Wien 3, Erdberger Str. 48; Herda war i.d.F. in Hochverratsprozessen als ex offo-Verteidiger tätig.)

Schönhof wollte natürlich mit diesem Substitut – nicht zuletzt wegen seiner ei-

genen Inhaftierung – in persönlichen Kontakt treten, doch wie aus dem Brief von Heindl hervorgeht, lag dem nichts daran. Als sie wegen Schönhofs Wunsch an ihn herantreten war, sagte er ihr, dass er sich bei der Gestapo wegen so einer Gesprächserlaubnis genauso anstellen müsse, wie die anderen Leute auch, „und dazu fehle ihm die Zeit“, musste sie ernüchert Schönhof mitteilen. (19.5.1938) Heindl ist seine erste Kontaktperson, die ihm auch Geld ins Gefängnis überweist und sich offensichtlich Sorgen um ihn macht. Er schreibt ihr noch aus dem LG I: „Um meine Gesundheit braucht sich niemand zu sorgen, ich komme täglich in die Luft, schlafe leidlich, habe Gesellschaft. Das Geld brauche ich hauptsächlich für Butter, Schokolade, Klopapier u. dgl.“ (22.5.1938)

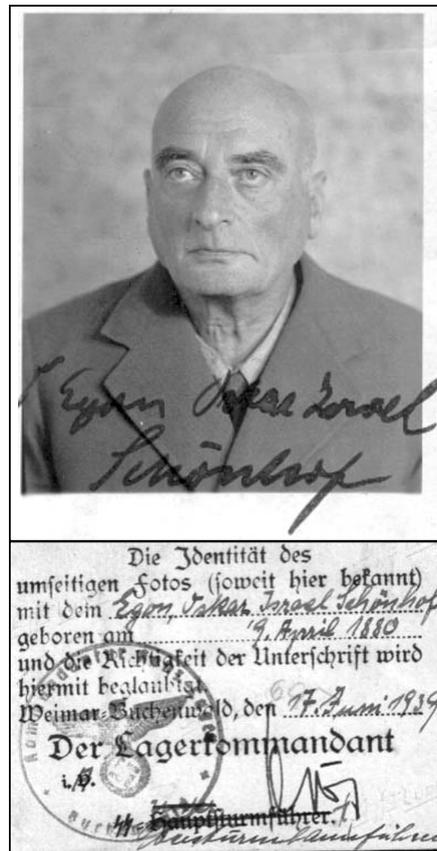
Ende Mai versuchte sie selbst bei der Gestapo eine Sprecherlaubnis zu bekommen, scheiterte aber, wie sie ihm schrieb. (31.5.1938)

KZ Dachau, KZ Buchenwald

Am 17. Juni kam Egon Schönhof im KZ Dachau an, wo er im Block 20, Stube 4 untergebracht war. „Bin Freitag hier gut angekommen, bin gesund und wohlauf.“ (19.6.1938)¹⁹

Auch von Dachau enthält die Korrespondenz Kanzleiangelegenheiten, die auch ihren Urlaub betreffen. Ob es sich um seinen Optimismus oder um sein Bemühen handelt, den Zustand nicht zu dramatisieren, kann bei der Behandlung der „Urlaubsfrage“ nicht gesagt werden. „Mein Vorschlag bezüglich Ihres Urlaubs ist dadurch begleitet, dass je später Sie ihn nehmen, desto eher ich bis dahin vielleicht doch zurück sein werde.“ (31.7.1938)

In dieser Zeit schreibt sie ihm bereits, dass mit einer Kündigung seiner Kanzleiräume zu rechnen ist und fragt ihn, was sie dann machen solle. „Es ist nicht ausgeschlossen, dass alle vier Parteien im Haus demnächst die Kündigung bekommen. Für diesen Fall bitte ich Sie, mir zu schreiben, was ich mit den Möbeln machen soll. Wäsche, Kleider, Bettzeug und Bücher würde ich verpacken, hoffentlich nimmt es der Spediteur, alle haben ihre Lagerräume überfüllt ... Auch die Bilder werde ich verpacken. Akte weiß ich nicht, was ich machen soll, da müsste sich Dr. H. den Kopf zerbrechen. Die laufenden Akte müsste er auf alle Fälle zu sich nehmen, was aber soll mit den alten geschehen? ... Bitte schreiben Sie mir, wie ich am besten die Sache mit der Wohnung, d.h. Kanzlei regeln soll,



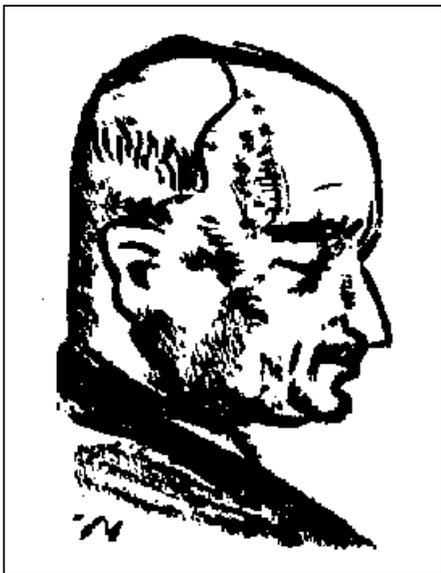
Egon Schönhof, aufgenommen vom Erkennungsdienst des KZ Buchenwald, 17. Juni 1939

ich wäre sehr froh. Für die Möbel wird man nicht viel kriegen, weil sehr großes Angebot vorhanden ist.“ (19.8.1938)

Am 22. September 1938 kam Schönhof ins KZ Buchenwald und bekam die Häftlingsnummer 8814. Sofort teilte er seiner Sekretärin mit, dass er ihr nur mehr zwei Briefe pro Monat schreiben könne. (16.10.1938) Am Jahresende teilte die Kommandantur des KZ Buchenwald Frau Heindl mit: „Der Schutzhäftling Schönhof hat gegen die bestehende Lagerordnung verstoßen und ist bis auf weiteres mit Postsperrung bestraft worden.“ (30.12.1938)

Mitte Jänner 1939 kann er wieder Briefe schreiben und schreibt seiner Sekretärin, was sie betreffend der Räumung seiner Wohnung machen soll. (14.1.1939) Im nächsten Brief bestätigt er den Erhalt einer Geldsendung und schreibt: „Übrigens habe ich jetzt so viel Geld, dass weitere Sendungen durch drei Monate überflüssig sind.“ (5.2.1939)

Anfang 1939 erfolgte die Kündigung seiner Kanzleiräumlichkeiten und der Verkauf seiner Möbel. Seiner Sekretärin schreibt er diesbezüglich: „Soweit meine Wohnungseinrichtung noch vorhanden und nicht wertlos ist, möchte ich doch bitten, sie wenn möglich in Aufbewahrung zu geben.“ (5.2.1939) Aber dieser



Das bislang einzige bekannte Portrait von Egon Schönhof.

Wunsch kam nicht mehr zum Tragen. Der Rechtsanwalt Dr. Albrecht Alberti (Wien 1, Opernring 5) bestätigt wenig später die Belege über den Verkauf, dessen Erlös 143.– RM betragen hat. (17.2.1939)

Bemühungen um ein Visum

In dieser Zeit liefen aber bereits Bemühungen, ein Visum für eine Ausreise ins Ausland zu erhalten. Zwar ist in der Korrespondenz kein Brief enthalten, der unmittelbar die Einleitung der Angelegenheit betrifft, die Schönhof in die Hände seiner Sekretärin gelegt hat, aber es sind Briefe von ihm erhalten, die darauf Bezug nehmen.

Mitte Oktober 1938 teilt sie ihm nach Buchenwald mit: „Aus London sind zwei Einladungen vorhanden, hoffentlich werden Sie diese benutzen können. Da ich nicht weiß, ob Sie direkt von dort verreisen können, wäre es mir sehr wünschenswert, wenn Sie mir schreiben, was alles Sie mitzunehmen wünschen.“ (13.10.1938) Im nächsten Brief heißt es: „Über die Einreisebewilligung kann ich Ihnen nichts Konkretes mitteilen als dass sie bald eintreffen wird. Wegen des Passes ist bereits eingereicht worden, doch fehlt auch hier noch eine Erledigung.“ (1.11.1938)

Da sich offensichtlich lange nichts in der Frage der Ausreisemöglichkeit getan hat (und er auch wegen der Postsperre über ihn, keine Information erhalten hat), schreibt er an Heindl: „Ich bitte um Mitteilung, ob die angekündigte Einreisebewilligung inzwischen aus England eingetroffen ist, sowie, was sonst noch an den zur Ausreise nötigen Papieren noch zu beschaffen werden konnte und warum nicht.“ (5.2.1939)

Der wahrscheinlich letzte (aber undatierte) Brief von ihm an Heindl enthält die Bitte „um umgehende Mitteilung des genauen Datums des Abgangs des Schiffes, des Einschiffungs- und Ankunfts Hafens“. Ihr letzter erhaltener Brief an ihn datiert mit 8. März 1939 und darin teilt sie ihm mit, dass sie in einem Industrieunternehmen untergekommen ist.

Am 14. Februar 1939 konnte Mühlstein das KZ Buchenwald verlassen, weil er im Besitz eines Visums war. Es ist durchaus möglich, dass ihm Schönhof das Foto des Lager-Erkennungsdienstes mit der Absicht mitgegeben hat, vielleicht zusätzlich zu den laufenden Bemühungen für ein Visum aktiv zu werden. Aber darüber kann ebenso nur spekuliert werden, wie zur Frage, wie Schönhof an sein Foto (und dabei handelte es sich um ein auf der Rückseite gestempeltes und vom Lagerleiter unterzeichnetes Original) gekommen ist.

Mit diesen Hinweisen auf seinen vergeblichen Versuch, die zum Schluss schon sehr konkret geklungen haben und eine schon gesicherte Ausreise vermuten lassen, endet die Rekonstruktion des Lebens von Egon Schönhof. Die Gründe des Scheiterns sind mit den vorhandenen Dokumenten nicht zu benennen. Aus den Briefen von und an seine Sekretärin geht hervor, dass er noch eine Schwester hatte²⁰ – sie lässt er im Brief vom 5. Februar 1939 durch Heindl Grüße senden. Auch mit deren Sohn, seinem Neffen scheint er Kontakt während seiner Haft gehabt zu haben. Über Heindl lässt er sich bei seinem „Neffen Heinz“ für dessen Brief bedanken. (29.5.1938)

Schönhof war nach diesen letzten vorhandenen Briefen noch dreieinhalb Jahre im KZ Buchenwald, bis er ins KZ Auschwitz zur Vernichtung überstellt wurde. In diesen Jahren hat er, wie Broda schrieb, nie den Mut verloren. Und wie Mithäftlinge nach 1945 mitteilten, war er, der bereits sein sechzigstes Lebensjahr erreicht hatte, es, der „Mitgefangenen sogar in den schwersten Tagen durch seine Worte aufrichtete“.²¹ Auch wenn versucht wurde, ihn zeitweise von den schwersten Arbeiten, wie Steine schleppen, fernzuhalten, hatte ihm die Lagerhaft schwer zugezogen. Vierzehn Tage nach seiner Ankunft im KZ Auschwitz wurde Schönhof getötet; mit einer Benzininjektion, wie Broda schrieb, als „Körperschwacher“, wie 1945 in der Presse zu lesen war. (*Neues Österreich*, 14.7.1945)

Ich möchte den Artikel über Genossen Dr. Egon Schönhof²² mit der Beschreibung von Engelbert Broda beenden, der nicht

nur die längste, sondern auch die persönlichste Erinnerung an ihn verfasst hat.

„Im persönlichen Umgang war Schönhof ein liebenswürdiger, gütiger und besonders humorvoller Mensch. Er liebte die Kunst, die Natur und die einfachen Freuden des Lebens. Als junger Mann war er ein ausgezeichneter Alpinist und Skiläufer und es gab wenige Gebiete der Alpen, die er nicht bis in die Einzelheiten kannte. Auch außer-alpine Gebirge (Skandinavien) besuchte er. Noch in späteren Jahren unternahm er ausgedehnte Bergwanderungen und es war eine große Freude, an einer solchen Wanderung teilnehmen zu dürfen.

Schönhofs Zukunftsplan trug den Stempel seiner Bescheidenheit. Er träumte davon, sich zur Ruhe setzen zu können, um in ländlicher Umgebung philosophischen Studien zu leben. Er plante die Niederschrift eines philosophischen Werkes, in dem er seine materialistische Weltanschauung darlegen wollte. Wer Schönhof als kristallklaren Vortragenden kannte, wird das Bedauern teilen, dass es zu dieser Niederschrift nicht gekommen ist.

Nicht nur war Schönhof ein Versammlungsredner, der durch seine sachliche Klarheit fesselte, sondern er war auch ein geistesgegenwärtiger Debattenredner ersten Ranges. Unvergesslich sind seine scharfen Auseinandersetzungen mit Max Adler, der den Marxismus, wie es damals noch üblich war, für die Sozialdemokratie in Anspruch nahm. Schönhof stand mit dem sympathischen Adler persönlich auf gutem Fuß. Aber die Unwahrhaftigkeit und der Opportunismus der Sozialdemokratie, die z.B. die schwarzgelbe Kriegführung unterstützt hatte, später aber behauptete, für das Unglück des Krieges keine Verantwortung zu tragen, waren ihm verhasst. Er wurde nicht müde, nachzuweisen, wie die Sozialdemokratie in jeder historischen Hauptfrage den Kapitalismus deckte und unterstützte. In anderen Veranstaltungen setzte sich Schönhof in überzeugenden Ausführungen mit den Tolstoianern und absoluten Pazifisten auseinander.

Was immer der Gegenstand der Diskussion war – stets war der Kernpunkt die Wahrheitsliebe Schönhofs. Nie gab er sich mit noch so schönen Worten zufrieden, sondern er forderte unbedingte Klarheit über die wahren Verhältnisse. Ungeduldig war er mit Menschen, deren Worte und Taten einander nicht entsprachen. Abneigung gegen Kriecherei, Polizeimethoden und Bürokratie, gegen Überheblichkeit und nationalen Hochmut, gegen Autoritätsglauben und Selbstzufriedenheit erfüllte ihn.“²³

Anmerkungen:

Die Kopien des Briefwechsels zwischen Egon Schönhof und seiner Sekretärin Margarethe Heindl liegen im *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* (DÖW, Nr. 22.584)

1/ Curt Ponger, wie Egon Schönhof Kommunist, der ebenfalls im KZ Buchenwald saß, gehörte zu jenen, die ein Visum für ein anderes Land hatten und aus dem KZ entlassen wurden. Es ist bekannt, dass Ponger von England nach den USA auswanderte und Offizier bei den US-Streitkräften wurde. Von ihm bekamen sie die Lagepläne von Buchenwald. Ponger kam mit den US-Streitkräften nach Österreich und gehörte zu jenem Stab, der nach Dokumenten für die Anklage der Nazikriegsverbrecher in Nürnberg suchte und zum Stab der Verhörspezialisten gehörte.

Ponger wurde (gemeinsam mit Otto Verber) im Jänner 1953 in der US-Zone in Wien gekidnappt, illegal in die USA entführt, dort der Spionage für die Sowjetunion angeklagt und zu 15 Jahren Haft verurteilt. Erst 1962, nach zehn Jahren Haft in den berüchtigsten US-Gefängnissen, konnte er nach Wien zurückkehren.

2/ Lt. Totenbuch des KZ Auschwitz verstarb Schönhof am 5. November 1942.

3/ Engelbert Broda, der ältere der beiden Brüder, war Jahrgang 1910.

4/ Egon Schönhof begann mit dem Jus-Studium an der Universität Wien im Wintersemester 1898/98. Von Ende Juli 1903 bis März 1904 legte Schönhof die drei für das Doktorat notwendigen Rigorosen ab und wurde am 21. Juli 1904 zum Dr. jur. promoviert.

5/ siehe dazu: Erwin Zucker-Schilling, Hochklang das Lied der Solidarität, in: *Weg und Ziel*, 4/1973, S. 160ff.

6/ ebda. S. 161.

7/ Guido Zamis (20.11.1899 Dalmatien – 17.4.1985 Berlin); war bei der *Roten Garde* und machte die so genannte Soldatenarbeit. Zamis war journalistisch tätig, arbeitete 1929 als Wiener Korrespondent der *Inprekorr* und war bei der *Roten Fahne* angestellt; ging nach 1934 nach Zürich, wo er für die *Basler Rundschau* tätig war, dann nach Paris, wo er in der Telegrafentagentur *Agence France-Monde* arbeitete. Ab Ende 1942 machte er „Soldatenarbeit“ innerhalb der Widerstandsorganisation in Montpellier, wo er als Dolmetsch im Quartieramt der Deutschen Wehrmacht Arbeit gefunden hatte. Im März 1950 wurde er aus Frankreich ausgewiesen und ging in die DDR. 1987 schrieb er ein Buch über Antonio Gramsci „Gedanken zur Kultur“.

Gottlieb Fiala (14.10.1891 Trebitsch – 28.12.1970 Wien). Lernte Schuhmacher, war ab 1914 Soldat an der Ostfront. Geriet 1915 im Raum Tula in russische Kriegsgefangenschaft, wo er unter österreichischen und deutschen Gefangenen politisch arbeitete. Er kam im Jänner 1919 nach Österreich zurück, wo er sich am

Aufbau der KPÖ beteiligte. Er gehörte dem Parteivorstand an, war Teilnehmer an mehreren Kongressen der Kommunistischen Internationale (KI) und Vertreter der KPÖ im Exekutivkomitee der KI. 1945 war er mit Johann Böhm und Leopold Kunschak Gründer des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und bis 1950 dessen Vizepräsident. Im Zuge der politischen Verfolgung von KommunistInnen nach den Oktoberstreiks wurde auch er aus dem ÖGB ausgeschlossen. 1951 war er der Kandidat der KPÖ bei der Bundespräsidentenwahl.

8/ Zucker-Schilling, a.a.O., S. 162.

9/ Johann Kopenig, Reden und Aufsätze, Wien 1951, S. 27.

10/ ebda.

11/ Engelbert Broda, Egon Schönhof, in: *Aus der Vergangenheit der KPÖ*, Wien 1951, S. 38f.

12/ Arnold Reisberg (17.2.1904 Borislav – 20.7.1980 Berlin). Kam mit seiner Familie vor dem Ersten Weltkrieg nach Wien und studierte ab 1924 an der Uni Wien Geschichte, wo er 1928 promovierte. Ab 1924 war er Mitglied der KPÖ, Leiter der Propagandaabteilung und Redakteur der ersten theoretischen Zeitung der KPÖ *Der Kommunist*. Im November 1934 wurde er nach seiner Verhaftung mit der Auflage freigelassen, Österreich zu verlassen. Ab 1935 war er Dozent an der Lenin-Schule in Moskau. Anfang 1937 wurde ihm „Abweichung“ vorgehalten, er wird am 11. März 1937 aus d. ILS entlassen; kurz danach Parteiausschluss; am 22. April 1937 verhaftet und wegen antisowjetischer Propaganda zu fünf Jahren Lager verurteilt. 1946 in Kolyma, dann erneut bis 1954 verbannt. Österreich verweigert Reisberg das Visum, worauf dieser in die DDR geht und am Institut für Marxismus-Leninismus tätig ist. Reisberg schreibt zahlreiche Bücher, darunter ein zweibändiges Werk über Lenin („Dokumente seines Lebens“).

13/ Max Stern gehörte zur Generation von Friedl Fürnberg und war ebenso zuerst im KJVÖ aktiv.

14/ Max Stern, *Geschichte wird gemacht*. Vom Lehrlingsstreik 1919 zum Freiheitsbataillon 1945, Wien 1988, S. 53 (Biografische Texte zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung, Bd. 2). Stern lebte von 1903 bis 1980.

15/ DÖW, Nr. 5924.

16/ Eine andere Angabe spricht davon, dass er dort bis Ende 1934 war; vgl. Österreichisches Biografisches Lexikon: „Egon Schönhof“.

17/ Broda, a.a.O. S. 39.

18/ *Intourist* war die staatliche Reiseorganisation der UdSSR, die auch in Wien eine Expositur hatte.

19/ Die Behauptung, dass Egon Schönhof zum „Ersten Transport“ ins KZ Dachau gehört hat, wie bei Erich Fein/Karl Flanner „Rot-Weiß-Rot in Buchenwald“ zu lesen ist, kann demnach nicht stimmen.

20/ Auf seiner Karteikarte im KZ Buchenwald wurde vermerkt: Angehörige: Schwester, Frie-

derike Mann, Wien 3, Jacquingasse 2.

21/ Broda, a.a.O., S. 39.

22/ Auf der Homepage des DÖW wird Schönhof als „Shoa“- resp. als „Holocaustopfer“ aufgelistet. Diese Zuordnung ist grundsätzlich fragwürdig, weil damit die „Rasse“kriterien des NS-Reichsppenamtes 1:1 übernommen werden, die die Grundlage der Gestapo für seine Verhaftung und Deportation in ein KZ waren. Während die NS-Verfolgungsbehörde auf seiner Häftlingsnummernkartei präzise den Vermerk „Pol / Jude“ gemacht hat und damit festhielt, dass Schönhof ein „politischer Häftling“ war, der auch ihrer „Rassen“kategorie „Jude“ zuzuordnen ist, wird dieser Bezug in der DÖW-Holocaustkartei übergangen. Es wird dabei ebenso völlig ignoriert, dass Schönhof 1900 zur römisch-katholischen Kirche konvertierte. Hierin manifestiert sich die fragwürdige Übernahme der Prämisse: Aus dem Judentum kann man nicht austreten.

23/ Broda, a.a.O., S. 40f.

7. Gedenkfahrt nach Engerau

Programm

9.15 Gedenkkundgebung beim Mahnmal für die ungarisch-jüdischen Zwangsarbeiter auf dem Friedhof Petrzalka (Engerau) / Bratislava

11.00 Aufstellung einer Gedenkplastik und eines informativen Briefkastens am Bahnhofsvorplatz in Petrzalka

12.00–14.00 Fahrt zu den Gedächtnisorten des ehemaligen Lagers Engerau in Petrzalka

14.00–16.00 Fahrt zu den Gedächtnisorten des „Todesmarsches“ zwischen Wolfsthal und Hainburg
Historische Begleitung: Mag. Dr. Claudia Kuretsidis-Haider

17.00 Abschluss der Veranstaltung beim Gedenkstein für ungarisch-jüdische Zwangsarbeiter auf dem Friedhof von Bad Deutsch-Altenburg

1. April 2007

Abfahrt: 8.00, Rückkehr: 18.00

Treffpunkt: Praterstern, 1020 Wien (bei der Bushaltestelle vor dem Billa-Supermarkt)

Unkostenbeitrag: 10.– Euro

Anmeldung bei:

Mag. Dr. Claudia Kuretsidis-Haider, kuretsidis@hotmail.com

Tel.: 01/2289469/315

weitere Infos:

www.nachkriegsjustiz.at

Die Bibliothek von Guido Adler

YUKIKO SAKABE

Guido Adler wurde 1855 in Eibenschütz in Mähren als Sohn eines Arztes geboren. 1864 übersiedelte die Familie nach Wien, wo Adler sowohl Musiktheorie und Komposition als auch Rechtswissenschaften studierte. 1898 begründete er das Musikwissenschaftliche Institut an der Universität Wien. Seine Bibliothek und Sammlung war einzigartig. Unter den Sammelobjekten findet sich Korrespondenzen mit Komponisten seiner Zeit, unter anderem mit Brahms, Bruckner, Richard Strauss, Alma und Gustav Mahler. Der Schwerpunkt meines Aufsatzes ist die Beschlagnahme der Bibliothek von Guido Adler unter der Beteiligung des Universitätsprofessors Erich Schenk während der NS-Zeit. Adlers Bibliothek wurde nach seinem natürlichen Tod 1941 trotz des Widerstands der Erbin Melanie Adler in verschiedene Wiener Musikinstitutionen überführt. Melanie Adler, die Tochter Guido Adlers, wurde am 20. Mai 1942 nach Maly Trostinec deportiert und dort ermordet.¹

Bereits 1945 erwähnte einer der Adler-Schüler Rudolf von Ficker in einem Memorandum den Vorgang der Beschlagnahme der Adler-Bibliothek². Eine wissenschaftliche Aufarbeitung dieses Themas erfolgte jedoch bis zum 21. Jahrhundert nicht. In den letzten Jahren hingegen ist über das Thema viel publiziert worden. Nachdem 1998 das Österreichische Kunstrückgabegesetz erlassen wurde, ist die Provenienzforschung in mehreren österreichischen Bibliotheken voll im Gange. Die Österreichische Nationalbibliothek präsentierte 2003 ihren Provenienzbericht über unrechtmäßige Erwerbungen in der NS-Zeit. Vom Dezember 2004 bis zum Jänner 2005 veranstaltete die Nationalbibliothek eine Ausstellung „Geraubte Bücher“ im Prunksaal und stellte sich ihrer NS-Vergangenheit. Im Jahr 2006 erschien auch das Buch „... allerlei für die Nationalbibliothek zu ergattern ...“ von Murray Hall und Christina Köstner. Diese Publikation ist das Ergebnis eines von der Nationalbibliothek initiierten Forschungsprojektes,³ und ein Kapitel dieses Buches widmet sich auch dem Fall Guido Adler, wobei die Hausakten der Nationalbibliothek bzw. deren Musiksammlung sowie Personalakten zum ersten Mal ausgewertet wurden.

Die Causa Schenk-Adler-Bibliothek wurde bereits im Jahr 2000 durch den Verkauf des Gustav Mahler Manuskripts in die Öffentlichkeit getragen. Das Lied „Ich bin der Welt abhanden gekommen“ wurde im Auktionshaus Sotheby's in Wien zum Kauf angeboten. Dieses Manuskript hatte Mahler Guido Adler zum 50. Geburtstag mit einer Widmung geschenkt. Der Anbieter war der Sohn Richard Heiserers, des Rechtsanwalts von Erich Schenk, der auch kurzfristig Melanie Adler vertrat. Tom Adler, der Enkel Guido Adlers, reichte Klage ein, dass das Manuskript von Heiserer gestohlen worden sei.⁴ Heiserer behauptete hingegen, dass die Partitur das Anwalts-honorar für die Dienste seines Vaters gewesen sei. Das Manuskript verblieb lange bei Gericht und wurde nach Übereinkommen zwischen Heiserers Sohn und Tom Adler im April 2004 versteigert.⁵

Erich Schenk wurde 1940 Direktor des Musikwissenschaftlichen Instituts. Schenk war ohne Zweifel die umstrittenste Figur in der Geschichte des Wiener Musikwissenschaftlichen Instituts. Seine Haltung während der NS-Zeit war zwiespältig und wechselhaft. Er arbeitete mit starker Überzeugung für die NS-Musikpolitik, war jedoch kein Mitglied der NSDAP. Schenk ersuchte zum Beispiel Herbert Gerigk darum, Bernhard Paumgartner trotz seiner zum Teil jüdischen Abstammung zu fördern.⁶ Auf der anderen Seite gab Schenk für *Das Lexikon der Juden in der Musik* ausführliche Informationen über mutmaßliche Juden, die in Wien promoviert hatten. Schenk erhielt ein Dankschreiben von Gerigk: „Eine genaue Durchsicht der Wiener Promoventen [sic] würde wahrscheinlich noch manchen fetten Juden zu Tage fördern.“⁷

1998 feierte das Musikwissenschaftliche Institut sein 100-jähriges Bestehen. Aus diesem Anlass wurden auch die Tafeln bedeutender Personen des Instituts zusammen mit biographischen Texten angefertigt und am Institut aufgehängt. In der Kurzbiographie über Schenk heißt es, dass er Melanie Adler vor der Deportation bewahrt und ihr bei der Emigration über Italien in die USA geholfen habe. Die Autorin, die diesen Text verfasst hat, schrieb auch in der Jubiläumsnummer der „Österreichischen Musikzeitschrift“ anlässlich der 100-Jahrfeier: „1940–1945 Errichtung einer Arbeitsstelle des Institu-

tes in Florenz, offiziell zur Sichtung von Quellenmaterial zur deutschen Musik, inoffiziell um dem Regime verdächtige Personen dem Zugriff durch die GESTAPO zu entziehen (einer der prominenten Florenz-Arbeiter war Bernhard Paumgartner; auch Melanie Adler sollte offensichtlich über diese Außenstelle „hinausgeschmuggelt“ werden)“.⁸ Melanie Adler wurde, wie ich schon sagte, 1942 nach Maly Trostinec deportiert und ermordet.

Erich Schenk schrieb in der Enzyklopädie *Die Musik in Geschichte und Gegenwart* über sich selbst: „Als solcher [Direktor des Instituts] gelang es ihm, Adler vor der Verschleppung in ein Lager zu schützen und dessen Bibl[iothek] vor dem Zugriff der NS-Behörden zu bewahren.“⁹ In der Tat wurde der 86-jährige Adler vor der Deportation durch ein Gutachten von Schenk gerettet. Der Rechtsanwalt Adlers, Adolf Leischner, ersuchte Schenk im Jänner 1941 um ein Gutachten über die wissenschaftliche Bedeutung und die Leistung Adlers.¹⁰ Das sollte die Delogierung Adlers verhindern. Schenk verfasste daraufhin ein dreiseitiges Gutachten mit den beginnenden Worten „Obwohl es mir widerstrebt über einen Volljuden ein Gutachten abzugeben [...]“.¹¹ Guido Adler starb einen Monat später, am 15. Februar 1941, in seiner Wohnung im 19. Wiener Gemeindebezirk. Melanie Adler verfasste nach dem Tod ihres Vaters ein Dankschreiben an Schenk. Dieser legte nach dem Krieg den Dankbrief als „Beweis“ vor, dass er gegenüber Adler oder seiner Familie niemals „eine feindliche Handlung“ unternommen hätte. Zu erwähnen sei dabei, dass der Brief vor der Beschlagnahme der Bibliothek verfasst ist.

Das Dankschreiben lautet folgendermaßen: „Geehrter Herr Professor! Kaum war alles mit Ihrer gütigen Hilfe für Vater aufs Beste für sein Lebensende erledigt, verschied er sanft und schmerzlos. Ich selbst war durch eine schwere Grippe tagelang bewusstlos. Nun bin ich zu neuem gehetzten Leben erwacht. Ich denke immer wieder, ob es nicht mit Ihrer gütigen Mithilfe möglich wäre, zu meinen arischen Verwandten nach Italien zu kommen. Wir haben seinerzeit dieses Thema besprochen, und jetzt wäre die Erfüllung der Angelegenheit von aller akutester Wichtigkeit. Es handelt sich lediglich um das Hinunterkommen. Meine Verwandten würden für mich sorgen. Könnten Sie

mir baldigst einen Rat erteilen, und helfend eingreifen? Herzliche Empfehlungen mit dem Wunsche, daß Sie mir helfen können. Dr. Melanie Adler.“¹²

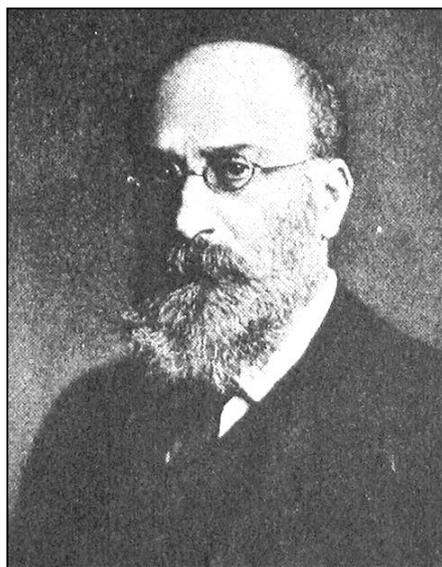
Nach dem Brief zu schließen hatte Schenk mit Melanie Adler über die Emigration nach Italien gesprochen. Dies war möglicherweise auch der Grund späterer Auslegungen, dass Schenk Melanie Adler bei der Emigration geholfen hätte. Ob er wirklich nach dem Tod Adlers in irgendeiner Form für sie eintrat, lässt sich nicht nachweisen.

Unmittelbar nach dem Tod Guido Adlers begann Schenk, die Bibliothek und auch den wissenschaftlichen Nachlass Adlers für sich bzw. für das Institut zu beanspruchen. Schenk informierte das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung in Berlin in einem Bericht vom 31. März 1941 über seine eigenmächtige Sicherstellung der Bibliothek. Dagegen sollte der Generaldirektor der Nationalbibliothek Paul Heigl opponiert haben. In einer an Schenk gerichteten Reaktion aus dem Wissenschaftsministerium am 5. Mai 1941 heißt es: „Wenn ich mich auch den in Ihrem oben bezeichneten Bericht vorgetragenen Gründen nicht verschließen will, so halte ich doch besonders im Hinblick auf die in der Bibliothek Guido Israel Adler möglicherweise vorhandenen Manuskripte, Erstausdrucke und sonstigen Unica, eine loyale Teilung der Bestände zwischen der Wiener Nationalbibliothek und Ihrem Institut für angebracht. Sie wollen sich daher wegen einer solchen mit dem Generaldirektor der Wiener National-Bibliothek ins Benehmen setzen. Im Auftrage gez. Frey“.¹³

Am 4. Mai 1941 schrieb Melanie Adler an Rudolf von Ficker: „[...] Am Dienstag soll [...] die Sache (Bibliothek) besichtigt werden. Höchstwahrscheinlich von Sch(enk) und N(owak). Der Anwalt [Richard Heiserer] ist mir dabei keine Stütze [...]. Die Besichtigung am Dienstag wurde mir durch den Anwalt aufgedrungen, der sich in meiner Abwesenheit des Schlüssels der Bibliothek bemächtigt hat. Er droht mit der Gestapo, um mich einzuschüchtern und die Sache den anderen in die Hände zu spielen.“¹⁴

Die Besichtigung fand am 6. Mai und 9. Juni 1941 unter der Anwesenheit von zwei Universitätsprofessoren, Leopold Nowak und Robert Haas, statt. Nowak war damals Schenks Assistent. Haas leitete von 1920 bis 1945 die Musiksammlung der Österreichischen Nationalbibliothek. Am 6. Mai 1941 wurde eine provisorische Inventarliste angefertigt.¹⁵ Über die erste Besichtigung berichtete Melanie

Adler in einem Brief an Ficker: „Es wurde alles angeschaut [...] Ich fragte zum Schluss: ‚Was ist eigentlich die Absicht der Herren?‘ ‚Das muss in Wien bleiben, es ist im Sinne des Verstorbenen.‘ ‚Es ist jüdischer Besitz und ich habe schon gesagt, dass ein anderes Angebot da ist‘



Guido Adler (1855–1941), Musikwissenschaftler, Gründer der „Wiener Schule“

sagte der Anwalt. Darauf gingen N(owak) und H(aas) nicht ein, der Anwalt pflichtete ihnen bei. Ich schrieb Ihnen schon, dass der Mensch mich unter Druck setzt mit der Behauptung, die Gestapo habe die Bibliothek beschlagnahmt. Ich habe mich gestern mit einem Kenner der polizeilichen Gepflogenheiten ausgesprochen. Er ist auch meiner Ansicht: lediglich wird mir das als Einschüchterung gesagt, um mir jede Bewegungs- und Entschliessungsfreiheit zu nehmen, was einen grossen Vorteil für alle Beteiligten bedeutet, nur nicht für mich.“¹⁶

Bei der zweiten Besichtigung am 9. Juni 1941 waren als Sachverständige Karl Borufka und Kristian Nebehay vom Antiquariat Heck anwesend. Es mag zu Beginn an einen Verkauf gedacht worden sein, nur nicht mit der Beteiligung der Verkäuferin. Die Schätzung von Borufka und Nebehay galt lange als verschollen. Diese liegt aber unter den Akten der Musiksammlung der ÖNB vom Jahre 1942, und im oben genannten Buch von Hall und Köstner wurden die Schätzungsgutachten erstmals ausgewertet. Borufka und Nebehay bewerteten die Bibliothek und die Sammlung und kamen auf einen Gesamtwert von 13.185 Reichsmark.¹⁷ Es findet sich ein Vermerk, dass die Preise wesentlich unter den damals üblichen Marktpreisen lagen.¹⁸ Einige Objekte standen nicht auf ihrer Liste. Zum Beispiel das Manuskript von Gustav Mahlers

Lied „Ich bin der Welt abhanden gekommen“, ein weiteres von Arthur Schnitzler sowie eine Totenmaske von Ludwig van Beethoven. In einem Bericht Schenks an die Niederösterreichische Finanzlandesdirektion nach dem Krieg heißt es, dass einige mobile Bestände, darunter auch die Totenmaske von Beethoven, nach einem Bombenangriff auf die Liebiggasse bzw. nach Kampfhandlungen im April 1945 im Musikwissenschaftlichen Institut in Verlust gerieten.¹⁹ Hall und Köstner halten daran fest, Schenk hätte die Totenmaske übernommen, bevor Borufka seine Schätzung durchführte.²⁰

Kurz nach der zweiten Besichtigung kündigte Melanie Adler ihren Anwalt Richard Heiserer. Nunmehr sollte Rechtsanwalt Johann Kellner Melanie vertreten.

Melanie Adler versuchte, die Bibliothek ihres Vaters der Stadtbibliothek München zu verkaufen. Sie schrieb an Ficker am 6. August 1941: „Vorgestern war der Anwalt [...] einen ganzen Vormittag bei der Gestapo. Diese will die Bibliothek umsonst haben u. auch die Wohnung. Der Anwalt erklärte, dass er weder das eine, noch das andere hergibt [...]. Ich will die Bibliotheksangelegenheit für München möglichst kulant durchführen und mir eine Zusicherung schriftlich geben lassen, dass ich mich ruhig in München aufhalten darf, so oft ich mag.“²¹

Die Münchner Stadtbibliothek zeigte Interesse an Adlers Bibliothek. Sie wollte sich über Umfang, Inhalt und Preis der Bibliothek informieren lassen. Melanie konnte jedoch das Verzeichnis der Bücher nicht ausfindig machen und war nicht im Stande, eine Liste derselben aufzunehmen. Sie konnte daher auch kein Preisangebot stellen.

Gleichzeitig suchte sie Hilfe bei Winifred Wagner. Melanie Adler bat um einen Schutzbrief, der ihr „endgiltig die Ruhe sichern würde“. Sie bot ihr auch die Bibliothek ihres Vaters an. Winifred Wagner sah „keine Möglichkeit“, ihr den erwünschten Schutzbrief „zu erwirken“. Sie sah aber auch keine Gefahr für den Verbleib Melanie Adlers in Wien, da Melanie bis jetzt „sozusagen in Ruhe“ in ihrem Haus belassen wurde. Da verkantete Winifred Wagner die Realität vollkommen. Winifred schrieb weiter: „Der wertvollen Bibliothek Ihres Vaters einen sicheren und würdigen Verbleib zu schaffen, wäre ich natürlich an und für sich gern bereit und hätte auch ... gut Platz für mehrere tausend Bände – es widerstrebt mir aber, Sie dieses Schatzes quasi zu berauben u. auf der anderen Seite wäre ich wohl kaum in der Lage Ihnen

ein finanzielles Äquivalent zu bieten. Wenn Sie mir jedoch den Schätzwert mitteilen würden, wäre es natürlich zu überlegen, ob ich in Teilzahlungen Ihnen die Bibliothek abkaufen könnte“.²²

Am 13. Dezember 1941 trafen sich Melanie Adler und Winifred Wagner. Melanie fühlte sich freundlichst empfangen. Sie sah auch den ernstesten Willen Winifred Wagners ihr zu helfen. Der letzte Brief von Melanie an Ficker stammt von einem Sonntag im Dezember 1941. Die letzte Zeile lautet „Die Bibliothek gehört natürlich Frau Wagner.“

Hier muss angefügt werden, dass die Originalbriefe von Melanie Adler laut Ficker am 27. September 1946 von französischen Beamten für die Untersuchung beschlagnahmt wurden.²³ Ficker ersuchte im Februar 1947 um die Rückgabe der Briefe. Er erhielt daraufhin eine kurze Mitteilung vom Ministry of Justice Control Branch, Legal Division, dass das Schreiben an die Intelligence Organisation ACA (BE) weitergeleitet worden sei. Die Rückgabe erfolgte aber nicht. Ficker behauptete, dass die Beschlagnahme der Beweisdokumente im Interesse Schenks erfolgte, um ihn „ins Unrecht zu setzen.“²⁴ Die Originalbriefe Melanie Adlers an Ficker konnten nicht ausfindig gemacht werden. Somit ist dieser Briefwechsel lediglich in Abschriften Fickers erhalten.

In einem Schreiben vom 7. April 1942, als Melanie höchstwahrscheinlich auf der Flucht war, ersuchte der Generaldirektor der Nationalbibliothek, Paul Heigl, erneut Baldur von Schirach um die Übergabe der Korrespondenzen und Akten aus dem Nachlass Guido Adlers an seine Institution. Er kündigte gleichzeitig im Auftrag von Schenk und Nowak das besondere Interesse an dem Erwerb des „größten Teils der Bücherbestände“ vom Musikwissenschaftlichen Institut an.²⁵ Der gesamte Nachlass Adlers wurde zunächst in das Musikwissenschaftliche Institut überführt.

Rudolf von Ficker schrieb im Oktober 1945 in seinem schon erwähnten Memorandum über den Vorgang der Beschlagnahme der Adler-Bibliothek: „Bei einem Besuch im musikwissenschaftlichen Seminar am 8. Mai [1942] war ich zufällig Zeuge, wie dort gerade die Bibliothek Adlers samt allen persönlichen Dokumenten und Zubehör abgeladen und aufgestapelt wurde. Prof. Schenk, den ich vorher nicht kannte, teilte mir zur Aufklärung mit, Frl. Adler habe sich ‚saudumm‘ benommen, sie habe sich gegen das Gesetz vergangen, weil sie gegen die von ihm bei der Gestapo bewirkte Be-

schlagnahme der Bibliothek protestiert hätte. Sie sei geflüchtet, wäre jedoch von der Gestapo schon gefunden worden und dann heiße es: ‚Marsch, nach Polen!‘“²⁶

Schenks Ansicht nach war also Melanie Adler selbst schuld an ihrer Deportation. Es mag sein, dass er kein Mitglied der NSDAP war. Aber er war ein eifriger Mitläufer aus voller Überzeugung.

Auch mehrere andere Institute waren am Erwerb des Nachlasses interessiert: z.B. die Nationalbibliothek und die Sammlungen der Gesellschaft der Musikfreunde an Handschriften und Unika, die Städtische Sammlung der Stadt Wien an der Wiener Musik, die Reichshochschule für Musik vom Standpunkt der Vermehrung ihrer Bibliothek, das Kulturrat der Stadt Wien (heute die Bibliothek der Musikschule der Stadt Wien), das Musikwissenschaftliche Institut der Universität Wien, und das Generalreferat für Kunstförderung an den theaterwissenschaftlichen Beständen fürs Archiv.²⁷

Am 12. Mai 1942 fand die gemeinsame Besichtigung und Besprechung über die Aufteilung der Sammlung statt.

Schenk rechtfertigte seinen Anspruch auf die Bibliothek Adlers damit, dass Guido Adler die Bücher während seiner Lehrtätigkeit gestohlen habe. Das vorhandene Büchermaterial sei zu ca. Dreiviertel als Besitz des Musikwissenschaftlichen Instituts anzusprechen. Es gab aber laut Inventar keinen Nachweis auf einen Besitzanspruch der Universität. Haas bezeugte allerdings „die Richtigkeit des Besitzrechtes der Universität auf Grund seiner Wahrnehmungen als langjähriger Sekretär des Musikwissenschaftlichen Institutes“.²⁸

1943 wurde ein Teil der Bücher und Noten aus der Bibliothek Adlers vom Musikwissenschaftlichen Institut in die verschiedenen Wiener Einrichtungen überführt. Schließlich mussten Teile der Bibliothek Adlers über Veranlassung des Reichsgaues Wien an die folgenden Institutionen abgetreten werden: Universitätsbibliothek Wien, Bibliothek der Hochschule für Musik und darstellende Kunst, Bibliothek der Gesellschaft der Musikfreunde und Musikabteilung der Nationalbibliothek.²⁹

Nach dem Krieg wurde eine Anzeige gegen Schenk bei der amerikanischen Besatzungsmacht erstattet, dass er sich hinsichtlich der Angelegenheit „Bibliothek Guido Adler“ unkorrekt verhalten hätte. Sektionschef Otto Skrbensky im Unterrichtsministerium leitete damals die Untersuchung. Er bestritt alle Vorwürfe gegen Schenk. Hinsichtlich der Beschlagnahme der Bibliothek Adlers meinte er: „an sich wohl nicht gegen Professor Schenk [zu

sprechen], da es ja im Interesse Österreichs gelegen ist, dass diese Bibliothek unserem Vaterland erhalten blieb“.³⁰

Am 30. Juni 1952 schrieb Bundesminister Kolb an Schenk: „Das Bundesministerium hat diese Anschuldigungen nach eingehender Prüfung der damaligen Vorgänge als unrichtig erkannt und Ihr korrektes Verhalten bei Uebernahme der Bibliothek durch das musikwissenschaftliche Institut der Universität im Sinne einer Vermögenssicherung festgestellt“.³¹

Hubert Joachim Adler, dem in die USA emigrierten Sohn Guido Adlers, gelang es, das arisierte Eigentum seines Vaters zum Teil wieder zurückzubekommen. Er verkaufte den Nachlass seines Vaters an das Department of Music an der University of Georgia in den USA.³² Die „Guido Adler Collection“ liegt heute in der Hargrett Rare Book & Manuscript Library.³³

Leopold Nowak wurde 1946 Direktor der Musiksammlung der Österreichischen Nationalbibliothek und blieb bis 1973 Universitätsprofessor. Erich Schenk wurde 1950 Dekan und 1957 Rektor an der Universität Wien. Er starb 1974.

Anmerkungen:

1/ Vgl. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Datenbank der namentlichen Erfassung der österreichischen Holocaustopfer. www.doew.at

2/ Rudolf von Ficker, Memorandum. Igl. bei Innsbruck, am 29.10.1945. Das Memorandum kann man sowohl im Schenk-Nachlass im Archiv der Gesellschaft der Musikfreunde in Wien als auch im Wellesz-Nachlass der Musiksammlung der ÖNB Einsicht nehmen. Es ist zudem vollständig zitiert bei Gerhard Oberkofler, Orchideenfächer im Faschismus, in: Jahrbuch des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands 1990, S. 45–49, hier S. 47–49.

3/ Das Forschungsprojekt wurde 2003 begonnen und 2005 abgeschlossen und vom Fonds zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung finanziert.

4/ Tom Adler, *Lost to the World*. o.O. 2002

5/ Murray G. Hall, Christina Köstner, „...allerlei für die Nationalbibliothek zu ergattern...“, 2006, Wien, S. 547

6/ Pamela M. Potter, *Die deutscheste der Künste. Musikwissenschaft und Gesellschaft von der Weimarer Republik bis zum Ende des Dritten Reichs*. Yale University 1998, S. 187.

7/ Potter, a.a.O., S. 187f.

8/ Elisabeth T. Hilscher, Ereignisreiche 100 Jahre: Chronik als Überblick, in: *Österreichische Musikzeitschrift* 53/10 (1998), S. 4–7, hier S. 6.

9/ Erich Schenk, Artikel „Schenk, Erich“, in: *Die Musik in Geschichte und Gegenwart* 11, hg. von Friedrich Blume, Kassel 1963, Sp. 1665–1666

10/ Archiv der Gesellschaft der Musik- ➔

Fünf Berichte über die Stimmung der Arbeiterschaft aus dem Jahr 1917

Das Ministerium des Inneren in einem Bericht vom 12. April 1917:

„In St. Pölten hat die durch Lebensmittelknappheit hervorgerufene Missstimmung und Erregung in den Arbeiterkreisen *den Klassenhass wesentlich verschärft*. Aber auch die ruhigen Elemente unter den Arbeitern erklären heute, dass sie kaum mehr die Macht hätten, beruhigend auf die erregten Massen einzuwirken. Die Stimmung ist einesteils auf die Überarbeitung, andernteils auf die Unternahrung zurückzuführen. Die hochgradig übermüdeten Arbeiter haben nicht mehr das erforderliche Maß von Willensstärke und Körperkraft, um durchzuhalten (...) Aufreizend wirkt es, dass unter den Notleidenden die Meinung verbreitet ist, dass die Wohlhabenden noch immer reichlich Vorräte an Mehl, Fett, Zucker usw. besitzen. Man stehe auf dem Standpunkt: ‚Gleicher Hunger für alle‘.“

Quelle: Rudolf Neck (Hrsg.), Arbeiterschaft und Staat im Ersten Weltkrieg

freunde, Schenk-Nachlass, Adler-Bibliothek

11/ Archiv Musikfreunde, Schenk-Nachlass

12/ Ebd.

13/ Hall/Köstner, a.a.O., S. 294f

14/ Österreichische Nationalbibliothek [ÖNB], Musiksammlung, Wellesz-Nachlass, F13/Wellesz/1240. Abschrift

15/ Archiv Musikfreunde, Schenk-Nachlass

16/ ÖNB, Musiksammlung, Wellesz-Nachlass

17/ Hall/Köstner, a.a.O., S. 295

18/ Ebd.

19/ ÖStA, AdR, Finanzlandesdirektion 17281, Adler

20/ Hall/Köstner, a.a.O., S. 547

21/ ÖNB, Musiksammlung, Wellesz-Nachlass

22/ Ebd.

23/ Ebd., F13/Wellesz/1240. Brief von Ficker an Wellesz am 31.10.1946

24/ Ebd., F13/Wellesz/1240. Brief von Ficker an Wellesz am 29.1.1947

25/ Österreichisches Staatsarchiv, Archiv der Republik, Bundesministerium für Unterricht und Kunst [ÖStA, AdR, BMUK], Kunstangelegenheiten 15. Kunstwesen. Aktenzahl 1349/1942

26/ Rudolf von Ficker, Memorandum. Igls bei Innsbruck, am 29.10.1945

27/ ÖStA, AdR, BMUK, Kunstangelegenheiten 15. Kunstwesen

28/ Ebd.

29/ ÖStA, AdR, Finanzlandesdirektion 17281, Adler

30/ Hall/Köstner, a.a.O., S. 297

31/ Archiv Musikfreunde, Schenk-Nachlass

32/ Er verkaufte 1951 die Bibliothek – etwa 1200 Titel, 1952 den schriftlichen Nachlass – 73 Schachteln. In: Hall/Köstner, a.a.O., S. 300

33/ Ebd.

1914–1918, A. *Quellen, I. Der Staat, Band 1 (1914–1917)*, Wien 1964, S. 265. *Hervorhebung H.H.*

Bericht an die Statthalterei in Graz über den Streik von 1.400 Arbeitern der Staatsbahnwerkstätte in Knittelfeld am 23. Juli 1917:

„Gerade der gestrige Ausstand zeigte, dass die Vertrauensmänner, welche durchwegs der sozialdemokratischen Partei angehörten, von ihrer Parteileitung in Wien den Auftrag hatten, Ruhe zu bewahren und zu arbeiten, dass sie aber von den unzufriedenen Elementen der Knittelfelder Arbeiter zum Aufgeben der Arbeit und zum Ausstand direkt beauftragt wurden. Es ergibt sich somit die traurige Tatsache, dass *auch die Vertrauensmänner nicht den entsprechenden Einfluss auf die Massen haben*. Wir müssen unterscheiden zwischen der organisierten Sozialdemokratie, welche den Befehlen der Parteileitung in Wien stets gehorcht, und den nur lose organisierten, unzufriedenen Massen, dem Pöbel von Knittelfeld. Äußerlich wird ja der Pöbel immer mit der Sozialdemokratie harmonieren, weil diese ja die einzige Partei für ihn ist. Tatsächlich aber zeigt es sich, dass die breiten Massen der Arbeiter, also die so genannten Proletarier, ganz besonders in Knittelfeld ein Faktor geworden sind, dem man entsprechende Aufmerksamkeit widmen muss. Wenn heute die sozialdemokratische Partei, *welche in gewissem Sinne sicherlich mit der Regierung geht*, die Macht über diese unzufriedenen Massen verliert, *dann ist auch die Ruhe schwer aufrecht zu halten*.“
Quelle: Rudolf Neck (Hrsg.), Arbeiterschaft und Staat im Ersten Weltkrieg 1914–1918, A. Quellen, I. Der Staat, Band 2 (1917–1918), Wien 1968, S. 23. *Hervorhebungen H.H.*

Bericht der Statthalterei in Graz über die Lage in der Steiermark vom 24. August 1917:

„Der größte Teil der Arbeiterschaft ist mit der Tätigkeit und den demgemäßen Erfolgen (der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften, H.H.) *nicht zufrieden*. Die dreijährige Kriegsdauer hat dem Arbeiter deutlich gezeigt, dass alles nur von ihm abhängt und dass nur durch seine Wertbeschaffung der Krieg in seinem heutigen Umfange möglich ist (...) Ebenso weiß er heute genau, dass als Kämpfer mit der Waffe zum allergrößten Teil er es ist, welcher die größten Opfer

zu bringen hat. Die Folge dieser Erkenntnis ist, dass er mit dem, was ihm bis heute geboten wird, nicht zufrieden ist und das, *was die Partei bis jetzt getan hat, nicht das ist, was die Arbeiterschaft will*. Mit der Erkenntnis seiner Wichtigkeit kommt auch seine Herrennatur zum Vorschein und er will nicht mehr der Prolet sein, als welcher er immer gegolten hatte und als welchen ihn mit Vorliebe die eigene Parteileitung hinstellt (...) Es ist mit einem Worte ein großes Wert- und Selbstbewusstsein der Arbeiterschaft im Erwachen. So wie auch andere Kreise *sieht auch die Partei dies Erwachen mit nicht gerade günstigen Augen an*, denn es ist selbstverständlich, dass sich eine Masse mit Selbstbewusstsein nicht so führen und gängeln lässt, als eine Proletariermasse.“

Quelle: Ebd., S. 54. Hervorhebungen H.H.

Bericht des Statthalters in Niederösterreich über eine Vorsprache sozialdemokratischer Vertrauensmänner der größeren Betriebe des Bezirks St. Pölten bei ihm vom 6. September 1917:

„Hiebei haben sowohl die Führer der Abordnung als auch die einzelnen Arbeiter, welche als Vertrauensmänner der Arbeiterschaft gelten, darauf hingewiesen, dass sie *derzeit jeden Einfluss auf die Massen verloren haben*, nicht mehr als Vertrauensmänner, sondern vielmehr *als Agenten der Behörde betrachtet werden*, die die Aufgabe hätten, die Arbeiter mit leeren Worten hinzuhalten und zu trösten. Die Versammlungen, in denen sie beruhigend und aufklärend wirken wollen, seien nur schwach besucht, weil *ihr Ansehen unter der Arbeiterschaft vollkommen geschwunden sei*.“

Quelle: Ebd., S. 60f. Hervorhebungen H.H.

Bericht des militärischen Leiters der Wiener Südbahnwerkstätte an das Eisenbahnministerium über Äußerungen der Vertreter des betrieblichen Gewerkschaftsausschusses vom 11. Oktober 1917:

„Wir haben trotz unseres besten und patriotischen Willens *keine Macht und Kraft über die Arbeiter*, unsere Mahnungen und Belehrungen *werden nicht mehr gehört und beachtet*, weil die Arbeiterschaft durch die Not und Entbehrung und durch die Preissteigerungen wie die heutige schon rasend geworden ist und *mit sich nicht mehr reden lässt*.“

Quelle: Ebd., S. 78. Hervorhebungen H.H.

HANS HAUTMANN

Mertens, Lothar: *Lexikon der DDR-Historiker. Biographien und Bibliographien zu den Geschichtswissenschaftlern aus der Deutschen Demokratischen Republik*. München: K.G. Saur Verlag 2006

Die fachliche wie allgemeine publizistische Auseinandersetzung um die Leistungsfähigkeit bzw. generelle Einschätzung der DDR-Geschichtswissenschaft als eine der bedeutendsten Disziplinen innerhalb der so genannten „Gesellschaftswissenschaften“ wird seit 1990 mit ungebrochener Aktualität geführt. Der westdeutsche Zeithistoriker Lothar Mertens hat nun seinen Beitrag in Form des vorliegenden Lexikons geleistet, das erstmals eine mehr oder minder vollständige biographische wie bibliographische Gesamtschau der DDR-Historikerschaft geben soll (vgl. 7). Dies allein ist schon ein ambitioniertes Projekt, und Mertens gestaltet es noch ein bisschen ambitionierter, indem er dem eigentlichen lexikalischen Teil einen – für ein Lexikon eher ungewöhnlich – umfangreichen Aufsatz zur „personellen Umstrukturierung der Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR“ voranstellt, mit dem unausgesprochenen, allerdings klar erkennbaren Anspruch, hier eine abschließende Gesamteinschätzung der DDR-Historiographie vorzulegen.

Diese „Einführung“ hat darum eher den Charakter einer Beweisführung: es geht um den Nachweis der programmatischen These Mertens, wonach die gesamte DDR-Geschichtswissenschaft als dogmatische „Rechtsfertigungsdisziplin, die dem Verständnis einer modernen Wissenschaft diametral gegenüberstand“ (26) anzusehen ist. Dementsprechend wäre die „erdrückende Mehrheit der DDR-Historiker“, wie er in Anlehnung an Hans-Ulrich Wehler feststellt, als „geistige Büttel einer spätstalinistischen Partei“ anzusehen, die sich als solche „jahrzehntelang [...] prostituiert“ hätten (25). Untermuert wird diese These mit einer Stalin-Würdigung Kuczynskis aus dem Jahr 1951 (sic!), die im Kontext einiger anderer, willkürlich den unterschiedlichsten Jahrzehnten entnommener Zitate ein friktionsloses, von jedem Konflikt und jeder Diskussion bereinigtes Bild einer vollkommen homogenisierten Ideologiemaschinerie entwirft, die bereitwillig als „Magd“ in die Dienste der Politik der SED trat und so „Systemapologetik vor objektiver Forschung“ den Vorzug gab (23). Damit fällt Mertens weit hinter den bereits kurz nach dem staatsrechtlichen Verschwinden der DDR erreichten Dis-

kussionsstand über die Qualität der DDR-Geschichtswissenschaft zurück, wo nicht zuletzt westdeutsche, nicht-marxistische Historiker für eine durchaus differenzierte Einschätzung der Arbeiten ihrer ostdeutschen Kollegen plädierten.¹

Für eine derartige Sicht hat Mertens nichts übrig. Ihm geht es um darum, die DDR-Historiographie einzig als parteilich-dogmatische Ideologiefabrik darzustellen und ihr damit jeden wissenschaftlichen Gehalt abzusprechen.

Seine historische Einführung bricht damit auch folgerichtig mit Ende der 1950er Jahre des vorigen Jahrhunderts und der schlichten Konstatierung ab, der Marxismus-Leninismus wäre fortan handlungsleitend für jede Art geschichtswissenschaftlichen Forschens und damit zur „herrschenden theoretischen Grundlage“ (23) in der DDR-Historiographie geworden. Feudalismus-Diskussion, „Erbe“-Debatte und die Auseinandersetzungen in der Faschismus- und Weltkriegsforschung der DDR werden von Mertens generös beiseite geschoben, selbst Jürgen Kockas ohnehin nur vorsichtiger Einwand, wonach die DDR-Geschichtswissenschaft keinesfalls „in ihrer Rolle als Legitimationswissenschaft [...] aufgegangen“ sei, auch im Ausland und selbst in der BRD „Beachtung und Zustimmung“ gefunden habe², bleibt unrezipiert.

Zeitlich an 1958 knüpft Mertens erst wieder mit den nahezu verschwörungstheoretischen Ausführungen über die Zeit nach dem auch von ihm als „Vereinigung“ apostrophierten Anschluss der DDR an und durch die BRD an. „Nahezu alle ostdeutschen Geschichtswissenschaftler“, so der Autor, „haben aktiv an der Ausbildung und Indoktrination der nachfolgenden Historikergenerationen in der DDR mitgewirkt, so daß ihr intellektueller Einfluß und ihre personalpolitische Prägekräft über die Wendezeit hinaus reicht und noch deutlich in der SED-Nachfolgepartei PDS wirksam ist, wo immer noch zahlreiche Historiker wichtige administrative Funktionen und politische Mandate wahrnehmen“ (75). Und beklagt gleichzeitig die „üppigen finanzpolitischen Segnungen des bundesdeutschen Parteiensystems“, die es den solcherart Unverbesserlichen erlaube, im Rahmen einer in diversen Bildungsvereinigen organisatorisch zusammengefassten Gegenkultur „auf Kosten der Steuerzahler“ und mit „Wohlwollen der zumeist durch alte rote Kader kontaminierten ostdeutschen Arbeitsämter“ publizistisch tätig zu werden (75f.).

Dieser Stil einer teils schon erbitterten Polemik zieht sich dabei nicht nur sprich-

wörtlich, sondern buchstäblich durch den ganzen Text. Beinahe wohlwollend mutet Mertens' Charakterisierung der von der Rosa-Luxemburg-Stiftung herausgegebenen Monatsschrift *Utopie kreativ* an, wonach hier der intellektuelle Erkenntnisgewinn „eher bescheiden“ zu nennen sei (76), vergleicht man dies mit den Invektiven, die er für andere – Institutionen, gemeinnützige Vereine wie Einzelpersonen gleichermaßen – übrig hat: Bildungsvereine wie „Helle Panke“ oder das „Gesellschaftswissenschaftliche Forum“ werden als „geschichtsideologische Ideenwerkstatt“ bezeichnet (75), der ehemalige Direktor des Zentralinstituts für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR, Walter Schmidt, in bester totalitarismustheoretischer Diktion mit dem Verdikt der „Ewiggestrigkeit“ belegt (76). Und zuletzt noch ist gar die Leibniz-Sozietät, die eine Vielzahl der bedeutendsten Wissenschaftler der neuen wie alten Bundesländer Deutschlands zu ihren Mitgliedern zählt und sich als Rechtsnachfolgerin der – in einem juristisch höchst bedenklichen Verfahren von der Berliner Landesregierung „abgewickelten“³ – Gelehrten-gesellschaft der Akademie der Wissenschaften der DDR versteht, nichts anderes mehr als ein „Selbstbeweihräucherungszentrum“ (21), das „überholte Zeremonien und Strukturen wieder aufleben läßt“ (79). Dies hat weder der Wortwahl noch dem Inhalt nach etwas mit Wissenschaftlichkeit zu tun und kann nur als tendenziöse Anklage gegen die DDR-Geschichtswissenschaft gelesen werden.

Der eigentliche Lexikon-Teil des Lexikons offenbart dann eklatante Schwächen, was das wohl ureigenste Handwerk des Historikers betrifft: die Sammlung und Prüfung seiner Quellen. Mertens trägt auf beinahe 600 Seiten zwar eine Fülle an biografischen Daten und Fakten zu den einzelnen DDR-Historikern zusammen, lässt allerdings oft an den entscheidenden Stellen weiße Flecken zurück (wenn es etwa um die Publikationsnachweise nach 1990 geht) oder platziert schlichtweg Falschaussagen. An zwei Beispielen soll dies exemplarisch demonstriert werden:

So entspricht die Behauptung, der ehemalige Stellvertretende Direktor des Instituts für Geschichtswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin, Detlef Nakath, wäre 1993 wegen „fehlenden Bedarfs und mangelnder fachlicher Qualifikation“ entlassen worden (448), schlichtweg nicht der Faktenlage. Tatsächlich wurde dies in einem Schrei-

ben Joachim Baekmanns (damaliger Leiter der Personalabteilung der HU) vom 7. Oktober 1992 als Kündigungsgrund angeführt,⁴ jedoch im folgenden Arbeitsrechtsprozess Nakaths gegen die Humboldt-Universität von dieser wieder zurückgenommen.⁵ Nakath blieb bis zum Auslaufen seines befristeten Beschäftigungsverhältnisses Ende 1993 an der HU.

Ingo Materna wiederum, dessen Funktion als Institutsdirektor des Instituts für Geschichtswissenschaften der HU von 1990 bis 1991 bei Mertens unerwähnt bleibt (vgl. 413), wurde nicht, wie behauptet, 1997 „emeritiert“, da er niemals als Professor nach neuem (sprich: gesamtdeutschen) Recht berufen wurde. Stattdessen wurde er von der HU mit 1. August 1993 befristet weiterbeschäftigt, wobei die Befristung am 31. Dezember 1996 enden sollte, „ohne daß es einer Kündigung bedarf“⁶. Zudem führt Mertens nur zwei Publikationen von Materna nach 1990 an und unterbietet die Anzahl der (selbstständigen wie un-selbstständigen) Veröffentlichungen Maternas um gezählte fünf, wobei nicht einmal Maternas mit Bärbel Holtz und Gabby Huch verantwortetes dreibändiges Werk über die Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution 1918/19 Erwähnung finden durfte.⁷

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass Mertens' Anklagen als weder besonders amüsant noch besonders originell gelten können; sie vereinen schon hinlänglich bekannte und tradierte Klischees über DDR-Geschichtswissenschaft und DDR-Historiker in bislang allerdings kaum bekannter Dichte – und dies ist auch das Einzige, das dieses Werk für sich neben dem stolzen Preis von 170 Euro beanspruchen darf. Allein mit Wissenschaft hat dies hier nichts mehr gemein. Warum sich ein renommierter Verlag wie K.G. Saur dennoch für die Drucklegung hergibt, kann nur verwundern.

MARTIN KRENN

1/ Siehe etwa Iggers, Georg G. (Hg.): Ein anderer historischer Blick, Frankfurt/M. 1991; Jaraus, Konrad H. (Hg.): Zwischen Parteilichkeit und Professionalität. Bilanz der Geschichtswissenschaft in der DDR, Berlin 1991; Jaraus, Konrad H./Midell, Matthias (Hg.): Nach dem Erdbeben. (Re-)Konstruktion ostdeutscher Geschichte und Geschichtswissenschaft, Leipzig 1994. Für eine differenzierende Beurteilung der DDR-Historiographie aus dezidiert marxistischer Sicht siehe vor allem: Pätzold, Kurt: Die Geschichtsschreibung in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) in der Retrospektive. In: Corni, Gustavo/Sabrow, Martin (Hg.): Die Mauern der Geschichte. Histo-

Neuerscheinungen der Reihe „Quellen & Studien“

Peter Goller: Marx und Engels in der bürgerlichen Ideologie und in der sozialistischen Theorie. Gesammelte Studien
Wien: Verlag der Alfred Klahr Gesellschaft 2007 (Quellen & Studien, Sonderband 7), ISBN 978-3-9501986-2-1, 336 S., 17.– Euro

Im vorliegenden Band wird die an den Universitäten knapp vor 1900 einsetzende Auseinandersetzung mit Marx und Engels beschrieben, in Deutschland waren dies die „Kathedersozialisten“ (Schmoller, Sombart u.a.), in Österreich vor allem die liberale Wiener „Grenznutzenlehre“, vor allem Böhm-Bawerk und dann Ludwig Mises. Im Gegenzug wurde in den sozialistischen, marxistischen Theorieorganen (u.a. „Neue Zeit“, Berlin, „Der Kampf“ Wien, „Unter dem Banner des Marxismus“, etc.) die bürgerliche Marx-Engels-Adaption scharfer Kritik unterzogen, so von Franz Mehring, Rosa Luxemburg oder von Georg Lukács. Dieser sozialistischen Kritik ist der zweite Teil des Studienbandes von Peter Goller gewidmet.





Manfred Mugrauer (Hg.): Öffentliches Eigentum – eine Frage von Gestern? 60 Jahre österreichische Verstaatlichungsgesetzgebung
Wien: Verlag der Alfred Klahr Gesellschaft 2007 (Quellen & Studien, Sonderband 8)
ISBN 978-3-9501986-3-8, 204 S., 10.– Euro

Am 26. Juli 1946 beschloss der Nationalrat mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ und KPÖ das 1. Verstaatlichungsgesetz, mit dem die Schlüsselindustrien und österreichischen Großbanken verstaatlicht wurden. 1947 wurde die gesamte Elektrizitätswirtschaft in staatlichen Besitz überführt. Heute, über 60 Jahre danach, sind von den Verstaatlichungen nur noch marginale Reste in Form von ÖIAG-Beteiligungen an börsennotierten Unternehmen wie AUA, OMV, Post AG und Telekom Austria übrig geblieben. Die Alfred Klahr Gesellschaft nahm im Juni 2006 gemeinsam mit dem KPÖ-Bildungsverein Steiermark den 60. Jahrestag des 1. Verstaatlichungsgesetzes zum Anlass, vor dem Hintergrund der seit 1987 währenden Reprivatisierungswelle die Aktualität von öffentlichem Eigentum in staatlicher und kommunaler Hand zu diskutieren. Der vorliegende Band vereint Statements und Referate dieser Konferenz mit weiteren Beiträgen und Dokumenten zum Thema.



Bestellungen an:
Alfred Klahr Gesellschaft, Drechslergasse 42, 1140 Wien
FAX: (+43-1) 982 10 86/18, klahr.gesellschaft@aon.at

riographie in Europa zwischen Diktatur und Demokratie. Leipzig 1996, S. 187–203.

2/ Kocka, Jürgen: Vereinigungskrise. Zur Geschichte der Gegenwart. Göttingen 1995, S. 48.

3/ Siehe dazu: Klinkmann, Horst/Wöltge, Herbert (Hg.): 1992 – Das verdrängte Jahr. Dokumente und Kommentare zur Geschichte der Gelehrtensozietät der Akademie der Wissenschaften für das Jahr 1992, Berlin 1999

4/ Matschenz, Ingrid u.a. (Hg.): Dokumente gegen Legenden. Chronik und Geschichte der Abwicklung der MitarbeiterInnen des Instituts für Geschichtswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin. Berlin 1996, S. 127.

5/ Vgl. ebd., S. 132. Besonders infam mutet es an, dass Mertens sich sogar selbst auf die Quellensammlung von Matschenz bezieht und sogar aus demselben Dokument zitiert, in dem diese Rücknahme angesprochen wird.

6/ Änderungsvertrag zwischen der Humboldt-Universität zu Berlin, vertreten durch die Präsidentin, und Herrn Prof. Dr. Ingo Materna, Berlin, den 2.7.1993, 1 Bl. Privatbesitz Ingo Materna [Kopie bei Martin Krenn].

7/ Vgl. Materna, Ingo: [Schreiben an] K.G. Saur Verlag GmbH. 30.1.2007. 2 Bl., hier Bl. 2. Privatbesitz Ingo Materna [Kopie bei Martin Krenn].



Alfred Klahr Gesellschaft

Verein zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung

Zum Jahrestag der Befreiung Österreichs

Buchpräsentation

Manfred Mugrauer:

Die Politik der KPÖ in der Provisorischen Regierung Renner.

Innsbruck, Wien, Bozen: StudienVerlag 2006, 393 S., 38.– Euro

Dr. **Walther Leeb** (Präsident der Alfred Klahr Gesellschaft): *Begrüßung*

Univ.-Prof. Dr. **Hans Hautmann**:
1945 – Das Jahr der Befreiung

Mag. **Manfred Mugrauer**:
Die Politik der KPÖ in der Provisorischen Regierung Renner

11. April 2007, 19.00 **7★STERN**
Café 7stern
Siebensterngasse 31, 1070 Wien



Mitteilungen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Herausgeber und Medieninhaber:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Präsident: Dr. Walther Leeb

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Hans Hautmann, Martin Krenn, Yukiko Sakabe, Willi Weinert

Layout: Manfred Mugrauer

Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien

Tel.: (+43-1) 982 10 86

FAX: (+43-1) 982 10 86 DW 18

e-mail: klahr.gesellschaft@aon.at

Internet: www.klahrgesellschaft.at

Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S

P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien

15. Juli 1927

Das Polizeimassaker vor dem Justizpalast



Univ.-Prof. Dr. **Hans Hautmann**
(Institut für Neuere und Zeitgeschichte, Universität Linz):
Klassenjustiz in der Ersten Republik

Dr. **Winfried R. Garscha**
(Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes):
Der Schattendorf-Prozess

Dr. **Wolfgang Maderthaler**
(Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung):
Der Tag des Feuers – die Ereignisse des 15. Juli 1927

14. Juni 2007, 19.00
Café Rathaus, Extrazimmer, Landesgerichtsstraße 5, 1080 Wien

Vorankündigung

28./29. September 2007, Graz
Podiumsdiskussion und Symposium

„Österreich auf dem Weg in Militärbündnisse?“

KPÖ BILDUNGSVEREIN
www.kpoe-steiermark.at

Alfred Klahr Gesellschaft
Verein zur Erforschung der
Geschichte der Arbeiterbewegung

In eigener Sache

Die *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* werden vier Mal im Jahr neben den Mitgliedern unserer Gesellschaft auch an zahlreiche Institutionen, Vereine und Gesellschaften, sowie an Personen im In- und Ausland, die an den Aktivitäten und Publikationen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT interessiert sind, gesendet.

Nachdem wir alljährlich nicht nur mit einer weiteren Erhöhung der Posttarife, sondern seit einigen Jahren auch mit einer insgesamt schwierigen finanziellen Situation konfrontiert sind, bitten wir all jene, die an einem Weiterbezug der *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* interessiert sind und nicht Mitglied der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT sind, als Beitrag zu den Druckkosten und zum Versand unseres Periodikums ein Jahresabonnement zum Preis von 4,4– Euro (vier Ausgaben) bzw. ein Förderabo in einer selbst zu bestimmenden Höhe zu lösen.

Bitte überweisen Sie diese Summe auf das Konto der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT (PSK 92023930, BLZ 60.000), bzw. senden Sie uns ein E-Mail (klahr.gesellschaft@aon.at) mit dem Subject „Abonnement“. Wir lassen Ihnen in diesem Fall umgehend einen Erlagschein zukommen. Vielen Dank für Ihre Unterstützung!